

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschäft wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 8392.

Inserate für die sechsgespaltene Kolonelle ober deren Raum
2 Mark; bei Wiederholungen Rabatt.
Stellungsvermittlungen pro Zeile netto 1 Mark.



Friedrich Schiller.

Als am 10. November 1859 Deutschland sich zur Feier des 100. Geburtstages Friedrich Schillers vereinigte, trugen die festlichen Veranstaltungen einen mehr oder weniger verschwommenen politischen Charakter. Ein Dezennium war verfloßen, seitdem in einem jähen Aufblatzen das deutsche Bürgertum gegen den Stachel reaktionärer Geistesnechtung und politischer Unterdrückung zu läcken gewagt hatte; die Märzstürme waren verbraust, die Reaktionäre hielten trotziger als vorher vor ihren Privilegien Wacht. In dem dumpfen Jammer überkommener Klein- und Zwergstaaten, die gerade anfang, vor der Entwicklung eines modernen Verkehrswezens noch lächerlicher und unerträglicher gemacht zu werden, leuchtete kein frohstimmender Hoffungsstrahl: die Besten des Volkes wußten nicht ein und nicht aus; ein des Zieles sich kaum recht bewußtes, über den Weg aber sicherlich unklares drängendes Gefühl nach nationaler Einigung überkam in immer stärkerem Maße weite Kreise und suchte nach einer Verdeutlichung, nach einem Symbol. Dieses Symbol fand die Sehnsucht in dem volkstümlichsten Dichter deutscher Zunge, in Friedrich Schiller. Deshalb feierte Deutschland den 10. November 1859, deshalb wurde Jakob Grimm der Wortführer aller Volksgenossen, als er seine feierliche Festrede in der Berliner Akademie der Wissenschaften mit dem Satze beginnen ließ: „Ach, könnte doch an hehren Festen alles fortgeläutet werden, was der Einheit unseres Volkes sich entgegenstemmt, deren es bedarf und die es begehrt! Des unsterblichen Sängers uns schon in Vorahnungen einigendes Andenken zu feiern ist die Aufgabe.“ Auf allen Gassen rief man sich Attinghausens Mahnung in die Ohren: „Seid einig, einig, einig!“ Zum letzten Male, bevor der entfaltete Kapitalismus die scharfe Klassenscheidung von heute herbeiführte, feierten alle Schichten der Bevölkerung Deutschlands gemeinsam ein Fest: Bürger und Bauern, Arbeiter und Studenten, Gelehrte und Ungelehrte wurden von derselben inneren Notwendigkeit getrieben, die ideologisch verbürgte Voraussetzung kräftigen Erstarkens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anzufertigen: Schaffung eines politisch vereinheitlichten größeren Wirtschaftsgebietes; die in letzter Linie auf die erstaunlichen Fortschritte auf dem Gebiete der Metallgewinnung und Metallbearbeitung, im besondern des Maschinenbaues, zurückzuführende emanzipatorische Bedeutung der modernen Technik wurde erst von wenigen nur geahnt, von einzelnen erst wissenschaftlich erfaßt; die Grundlagen der spezifisch modernen Welt- und Lebensauffassung wurden gerade erst gelegt, und damit die Keime eines die Jahrzehnte daher durchtobenden Kampfes ausgestreut.

Wenn man die Zeit recht erkennen will, in der zuletzt Deutschland eine allgemeine Huldigung den Mänen des großen Dichters darbrachte, so erinnere man sich, daß in demselben Jahre 1859 Karl Marx seine Kritik der politischen Ökonomie, die Vorläuferin des Kapitels, veröffentlichte, und Karl Darwin sein Buch über die natürliche Entstehung der Arten. Beide Bücher glichen den Sturmöfeln, die vor der Windsbraut einherziehen. Bald begann das gewaltige, heute noch nicht abgeschlossene Ringen, in dem sich die europäische Kulturmenschenheit, mit ihren über alle Erdteile zerstreuten Ausstrahlungen, neu zu orientieren suchte. Die heutige Gedankenwelt ist von der vor fünfzig Jahren ganz verschieden, sie beruht auf ganz anderen Grundlagen. Die Idee der Entwicklung, vor Darwin und Marx der Geheimbesitz weniger bevorzugter Geister, ist zum Gemeingut aller Aufwärtstrebenden geworden: der Glaube an das Absolute, an „das“ Ideal ist verflüchtigt — wir haben gelernt Menschen und Dinge als den Befehlen der Natur unterworfen, mit klarem Blick

in ihres Wesens Kern zu betrachten. Indem sich uns, Stück um Stück, der Mechanismus der Entwicklung entschleierte, indem wir erkennen lernten, welches die Vorbedingungen des sittlichen, geistigen und materiellen Aufstieges der Menschheit sind, mußte neben anderem auch unsere Stellung zu den sogenannten Großen der Weltgeschichte von Grund aus eine andere werden.

Und so ist denn die Frage wohl aufzuwerfen, ob und wie wir an unserem Teile der hundertjährigen Wiederkehr von Schillers Todestage feiernd gedenken sollen? Daß es nicht in der äußerlichen, rellamehaften Art geschehen kann und darf, mit der das Bürgertum von heute, die Bourgeoisie, die Täuschung zu erwecken sucht, sie stehe in einem innigen Verhältnis zu dem Dichter, ist selbstverständlich. Der Sache selbst, dem Leben und Lebenswert des Dichters, müssen wir die Gründe entnehmen.

In harten Kriegeszeiten ward der Junge empfangen und geboren, der als Sohn des württembergischen Leutnants Schiller am 10. November 1759 zu Marbach in der Nähe von Stuttgart das Licht der Welt erblickte. Im schwächlichen Körper entwickelte sich eine starke Seele, die, einer guten Damascener Klinge gleich, um so höher emporjuckte, je tiefer menschliche Bosheit oder die Not beengender Lebensumstände sie hinabgebogen hatten. Die landesübliche angelebte Religiosität im Verein mit einem starken Drange zu pathetischer Lehrhaftigkeit ließen im Knaben den Wunsch erwachen, von der Kanzel herab als Geistlicher auf eine Gemeinde zu wirken. Aber der halb aufgeklärte Duodeztyrann, in dessen Diensten der Vater den karglichen Unterhalt für die Familie finden mußte, griff mit rauher Hand in diese sentimentalen Pläne ein und sperrte Schiller in die von ihm unlängst errichtete Militärakademie, allwo der Jugend in einem harten und despotischen Schulzwang Bildung und Liebe zum angestammten Fürstentum (und natürlich auch zu dem dazu gehörenden Harem) mit der Peitsche eingebläut werden sollten. Vom Januar 1773 bis zum Dezember 1780 schmachtete der Jüngling in dieser Dressuranstalt, dieser Gefinnungsquetsche, bis er als Regimentsarzt die Schule verließ. Ungewollt hat so der fürstliche Librian und Bullenbeißer Schillers nur unser Bestes bezogen: in dem Opfer seiner Willkür entflammte der Geist revolutionärer Auflehnung, in der ihm angemessenen Form der poetischen Betätigung. Durch die rasselnden Schildwachen und die eisenbeschlagenen Tore der Karlschule waren die weltbewegenden Ideen der französischen Aufklärung unbemerkt eingebrungen; an Rousseaus begeistertem Lobgesang auf die Natur, auf die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit alles dessen, was Menschenanlich trägt, herauschte sich der Student der Medizin, aus dem alten staubigen Blutarch holte er sich die hingebende und opfermutige Ehrfurcht vor der Größe und Bedeutung antiker Republikanertugenden; Shakespears erschütterte ihn durch die zwingende Gewalt seiner Menschenschilderung und löste zuerst in ihm den Voratz aus, die Bühne zu einer Stätte des Gerichts und der Abrechnung zu machen.

„Gegen die Tyrannen“ — das war das Leitwort für sein erstes, 1781 im Druck erschienenes Schauspiel: Die Räuber. Als es am 13. Januar 1782 in Mannheim über die Bretter ging, löste es einen Wirbelsturm widersprechender Meinungen und Gefühle aus, und wohin es auf seinem rauschenden Siegeszuge durch alle Landen deutscher Zunge drang, hatte es die gleiche Wirkung. Wer hatte es denn auch bis dahin gewagt, so ohne Scheu und Rücksicht den revolutionären Stimmungen und Ahnungen der Zeit Ausdruck zu verleihen? Wer hatte denn bisher, anders als etwa im Kreise vertrauester schwärmender Freundschaft, die Herrlichkeit der Freiheit und der Jugend, als einer menschenwertenden Kraft, gepriesen? Man denke, daß es noch sieben Jahre hin waren, bis 1789 in Frankreich endlich die ökonomisch erstarkte und aus der feudalen Gesellschaft abge sonderte Bourgeoisie die erste revolutionäre Tat wagte!

Ein Wirbelsturm widersprechender Meinungen und Gefühle brach los, wie wir sagten. Aber die moralisch höchststehenden Kreise der Nation fühlten sich doch von dem Dichter fast widerstandslos gepackt: „Dieser Dichter war der edelste Sproß des Zeitalters der Moral, und all seinem moralischen Titanismus fühlte man es an, wie ernsthaft es ihm um Sittenpredigt und Sittenbesserung zu tun war, welchein echter Idealist, welcher ein edler, sympathischer Mensch in ihm steckte, und wie sein ganzes Wesen erglühte, wenn er das Wort Menschheitsglück aussprach.“

Das Jugendwerk Schillers belastete sein Volk schon mit einer Dankeschuld, an der wir noch heute abzutragen haben: Anlaß und Ziel der Freiheitskämpfe, die wir durchzuführen haben, sind andere, als die in Schillers Jugendzeit; aber auch heute noch können wir unsere Seelen immer wieder an der lobenden Begeisterung des Dichters für sein Humanitätsideal

erwärmen und es ist sicher, daß die politische Phrasologie von keinem poetischen Werke unserer Literatur — außer dem Tell vielleicht — so vielen Zustrom erhalten hat, wie von den Räubern. Man darf das nicht gering einschätzen: die politische Phrasologie ist das Werkzeug, mit dem allein man Politik betreiben kann. Bei Unkritischen erweist ihre Übung geradezu die politische Eigentätigkeit; und die Wirkung einer in Fleisch und Blut übergegangenen Phrasologie erkennen wir mindestens an den Schwierigkeiten, auf die wir oft bei unserer Agitation in solchen Kreisen stoßen, in denen uns Tür und Tor offen stehen sollten.

Die Räuber waren ein Tendenzstück, vom Dichter selber als solches gekennzeichnet. Tendenzstücke auch sein Fiesco und seine Kabale und Liebe, das reifste und tiefste seiner Jugendwerke, das klassische bürgerliche Trauerspiel. Der von Leidenschaft glühende, aus dem Kerker despotischer Sultanslaunen eines Duodezfürsten glücklich entsprungene (1782) Revolutionär schleuderte die Brandsackel in den Krempel des Bestehenden und rief zu Kampf und Tat auf. Nun lehrt uns die wohlweise Schulästhetik, daß die Tendenzdichtung eine niedere Gattung der Poesie sei; Goethe legt den Finger an die Nase und deklamiert: „ein politisch Lied ein garstig Lied“. Wie verhält sich's nun damit? Freilich ein Wert, das sich nur den poetischen Schein borgt, um die Tendenz leichter an den Mann zu bringen, werden auch wir aus dem Tempel der Kunst herausfegen; aber in den Schillerschen Jugendwerken ließ sich über all dem Bombastischen, dem Sprudelnden und Stürmisch-Drängenden die Offenbarung der starken dichterischen Persönlichkeit nicht übersehen: im dramatischen Aufbau offenbart sich ein Genie ohne gleichen, in der Ausmalung einzelner Szenen ein Dichter von höchsten Gaben. Gerade die derb unterstrichene Tendenz lieben wir in diesen Dramen, der revolutionäre Zug macht sie uns teuer. Mit einem um so stolzeren Hochgefühl weisen wir darauf hin, als man in der Bourgeoisie schon anfängt, mit leisen „Entschuldigungen“ über diese Kraftwerke hinwegzugleiten. Wir werden noch sehen wie Schiller selbst der revolutionären Aktion verloren ging und in selbstsam verftiegenen Umwegen den Idealen seiner Jugend entgegenzustreben suchte; aber auch die Ursachen dieser Wandlung sind klar zu legen.

In engen Verhältnissen lebten Schillers Eltern; mit einer bettelhaften Entlohnung hatte ihn der Tyrann seines Heimatländchens ins Regiment gesteckt; aber nach seiner Flucht im Jahre 1782 sah sich der Dichter gar der peinigendsten Not ausgesetzt. Der von ihm selbst bezahlte Druck der Räuber hatte ihm eine an sich unbedeutende, für ihn aber schwerlastende, Schuld auf die Schultern gelegt, die ihn jahrelang empfindlich drückte und ihn oftmals geradezu der Verzweiflung in die Arme trieb. Vom ersten Schritt, den er selbständig in die Welt hinaus tat, bis zu dem Augenblick, da die starke Seele dem früh zerfallenen Körper entfloß, war die Sorge seine stete treue Begleiterin. Freilich fand er auch je und je hilfsbereite Freunde, die ihm vor dem Außersten schützten: von dem treuen Fluchtgefährten Streicher und der Frau von Wolzogen bis zu Körner und dem Dänen Baggesen haben sie Anspruch auf rühmende Nennung ihres Namens; aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das, was wir die große Knickung im Leben Schillers nennen möchten, zum weitaus größten Teil auf die Unzulänglichkeit seiner materiellen Mittel zurückzuführen ist!

Im Jahre 1783 mit 300 Talern als Theaterdichter in Mannheim, wo der Freiherr von Dalberg Intendant war, angestellt, atmete der Dichter, der ein Opfer qualender Beziehungen zu der Frau von Kalb wurde, erst wieder auf, als er einem Kufe unbekannter Bewunderer nach Sachsen folgte und im Kreise des Konsistorialrats Körner in Leipzig und Dresden zwei glückliche Jahre verlebte (1785—1787). Als er von dort, wo er zu fürchten begann, gern gewährte Gastfreundschaft endlich zu mißbrauchen, nach Weimar ging, um endlich sich das zu schaffen, was man eine „Griffenz“ nennt, züngelte im Nachbarreiche die erste blutige rote Flamme der bürgerlichen Revolution empor. Was war das? Die deutsche Jugend des Sturmes und Dranges hatte dem Tage der Abrechnung entgegengehofft; hatte selbst von der deutschen Republik, von einem Reiche der Aufklärung und der Befreiung von dem Joche der Vorurteile, dem Zwange vermoderter Gesetze und Rechte geträumt; hatte sich auf Sonnen thronend ein Wolkenkuckucksheim erträumt und mit gigantischen — Worten den Aufbau einer neuen Moral begonnen. Aber was war das jenseits des Rheines? Bezeichnete die lange Blutspur, die sich hinter den Männern der Revolution herzog, den Weg zur Freiheit? Konnte so das Reich der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit seinen Einzug halten?

Aller politischen Erfahrung bar, noch ohne jede Ahnung davon, daß die Menschheitsentwicklung sich des Beihilfs schwerer und unter Umständen blutiger Klassenkämpfe bediene, jahen die deutschen Idealisten ihre Lustschlöffer zusammen-

brechen und flüchteten erschreckt an den Busen der „heiligen Ordnung“.

Nun muß man sich freilich Schiller nicht als einen nationalliberalen Ordnungshelden unserer Zeit, oder als eine Art freisinnigen Sozialistenfresser vorstellen.

In dem kleinräumlich zerrissenen, aus den Wunden langwieriger zersplitternder Kriege noch immer blutendem Deutschland waren freilich nicht, wie im zentralisierten und wirtschaftlich um ein halbes Jahrhundert weiter entwickelten Frankreich, die Vorbedingungen zur Betätigung revolutionärer Ideen gegeben.

Dies der Weg nach Weimar und Jena für Schiller in die Sackgasse kleinbüßlicher Philisterei aus, so brachte er ihn doch auch zuerst in die Nähe, dann an die Seite des Mannes, mit dem vereint er einen Höhepunkt des geistigen und poetischen Lebens unserer Nation ausmacht: Wolfgang Goethes.

Von und über Schiller.

In tyrannos!

Rein, eine Grenze hat Tyrannenmacht. Wenn der Gedächtnis nichts Recht kann finden, wenn unertuglich wird die Saat — greift er hinaus getriebener Mutes in den Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte.

Verstümmelt hat schwarze Augen, worin ewig nie die Empfindung weilt. — Wer keinen Menschen zu jüchtern braucht, wird er sich eines Menschen erbarmen?

Die Gerechtigkeit war von jeher eine Stütze der königlichen Macht. Ihre goldene Zeit fiel immer in die Gesangszeit des menschlichen Geistes.

Das Recht auf Freiheit.

Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und würd' er in Ketten geboren.

Der dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, Der dem freien Menschen ergrübelt nicht!

und dabei inne geworden war, welcher Arbeit am eigenen Ich es zu leisten gälte, um jenem gleich und gleichberechtigt zu werden, da war er ihm auch schon ganz nahe gerückt: das freudige Erstaunen, das die beiden Männer packte, als sie sich im August 1794 endlich in einem langen Gespräch „fanden“.

Schillers Jenaische und Weimariische Zeit ist ganz erfüllt von der Arbeit in und an der kantischen Philosophie. Kants Unternehmen war, die Grenze zu bestimmen, wo beim Forschen nach wahrer Erkenntnis die erkenntnistheoretische Wahrheit aufhört und die Selbsttäuschung beginnt.

Das hieß, idealistisch-utopistisch die Dinge auf den Kopf stellen. Aber, das sei nochmals betont, es war alles andere, als ein Verrat an den eigenen Jugendidealen.

Nicht in Schillers Prosaschriften — so gehaltvoll und gedankenreich viele von ihnen auch sind — in den Gedichten seiner letzten Lebensperiode haben wir den Abglanz seiner Lebensauffassung.

Wenn wir die zeitliche Begrenztheit des Dichters scharf hervorheben und den Abstand seiner Gedankenwelt von

unserer offen aufzeigten, so haben wir damit zugleich die Frage beantwortet, was er uns war, ist und sein wird: Ein Vorfechter des Humanitätsideals, dem wir anhängen, ein Bahnbrecher sittlicher Freiheit, der kraftvollste dramatische Dichter, den die Nation hervorbrachte, und — nicht zuletzt — ein Mensch von leuchtendem Adel der Seele.

für unsere Ideale!

Aus der Schweiz.

Die Schweizer Arbeiterchaft, mit Einschluß der Metallarbeiter, entfaltete seit Neujahr eine Lebhaftigkeit und Mührigkeit, wie sie in dieser Allgemeinheit noch nie zu verzeichnen war.

Und dabei ist erfreulicherweise die Metallarbeiterorganisation auf der ganzen Linie im Vormarsch begriffen, werden neue Sektionen des Verbandes gegründet und die bestehenden Sektionen durch fortwährenden Zuwachs an Mitgliedern gestärkt.

In einem früheren Schweizer Briefe erwähnte ich den Kampf der Uhrenschalenarbeiter in Chaux-de-Fonds um die Reduktion der täglichen Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden.

Da die Schalenmacher ohne vorausgegangene Kündigung in den Streik getreten waren, erklärten die Schalenfabrikanten nach dem Verbandschluß, daß sie die Gewerkschaft deswegen auf Schadenersatz verklagen werden, nicht aus feindseliger Absicht gegen die Arbeiter, sondern nur, um einen prinzipiellen gerichtlichen Entscheid in dieser Sache herbeizuführen.

In dem jüngst für 1904 veröffentlichten Jahresbericht des Schweizer Arbeiterssekretariats gibt der Abjunkt in Biel, Genosse Reimann, wieder eine sehr informative Übersicht über den Stand der Uhrenarbeiterbewegung in der französischen Schweiz.

Sehen Sie sich um In feiner herrlichen Natur! Auf Freiheit ist sie gegründet — und wie reich ist sie Durch Freiheit!

Wieder mit der Sklavengesamung!

Sklaverei ist niedrig, aber eine slavische Gefamung in der Freiheit ist verächtlich; eine slavische Beschäftigung hingegen ohne eine solche Gefamung ist es nicht, vielmehr kann das Niedrige des Zustandes, mit Hoheit der Gefamung verbunden, ins Schöne übergehen.

Unser Zukunftsideal.

Es reden und träumen die Menschen viel Von besserer künftigen Tagen, Nach einem glücklichen goldenen Ziel Sieht man sie rennen und jagen, . . .

Es ist kein leerer schmeicheleider Wahne, Ergeht im Schim der Träume, Im Herzen ländet es laut sich an, In was besserem sind wir geboren.

Und was die innere Stimme spricht, Das läßt die hoffende Seele nicht.

Die Feste.

Deutschlands Majestät und Ehre ruhet nicht auf dem Haupte seines Fürsten.

Georg Herwegh an den Freiheitsdichter.

Doch nicht! Ihn, dem auf's Haupt der Krone Gott Ausgöß jedweder Himmelschöne Lam — Ihn war der Stempel aller Menschentum Der Freiheit Bau.

Wilhelm Tell.

Mit weiser Hand, zu rechter Zeit! Tell's Dichter wird ein Volk nicht schuldig sprechen, Das endlich „selber sich befreit“.

„Das Reich der Freiheit hat dir Gott gegründet“ —

Herr von Schiller.

Tell als einzelnen vermöchten wir uns nach seiner Lat, so gerecht sie war, doch nicht weiter als ruhig lebend vorzustellen; wohl aber Tell als Vater seiner Kinder, inmitten seines Volkes.

Nicht einmal drei volle Jahre vor seinem Tode wurde Schiller der Adel zuteil, und seitdem erscheint der einfache, schon dem Wort nach glanzlose Name durch ein sprachwidriges „von“ verberbt.

Der Dichterphilosoph.

Schiller, der „Dichter der Freiheit“, durfte es wagen, die Freiheit offen in das „Reich der Träume“ zu verweisen, denn unter seiner Hand erhaben sich die Träume und Schatten zum Ideal.

Der Idealist.

Der Idealist ist mit einem Sprunge im Allgemeinen. Das Band, welches ihn an den Freund fesselt, ist ihm nur das nächste Glied in einer unendlichen, alle Wesen umfassenden Kette; vom Ringelstein, wie Schiller sagt, „bis zum griechischen Scher, der sich an dem letzten Sereph recht.“

weiter und fangen an, auch das Rohwerk im eigenen Hause selbst zu erstellen. Zweierlei Gründe mögen sie zu diesem Vorgehen veranlaßt haben: einmal der Umstand, daß eine ganze Anzahl von Rohwerkfabrikanten nunmehr auch das Uhrwerk erstellen und insoweit die Konkurrenz ihrer früheren Abnehmer geworden sind. Diese kehren jetzt den Spieß um und fabrizieren das Rohwerk. Sie erhalten damit — und das ist der zweite Grund ihres Handelns — das ihnen zudienende Produkt, womit ihnen ein regelmäßiges Fabrikat hergestellt werden kann. Für die Fabrikanten hat diese Produktionsform ohne Zweifel eine Reihe von Vorteilen, für die Arbeiter ebenfalls, wenn sie sich von gewissen Vorurteilen zu emanzipieren und ihre Organisation den neuen Verhältnissen anzupassen wissen. Aber auf die Dauer werden sich die kleinen Betriebe doch nicht halten können, sondern von den Großbetrieben aufgelesen werden. In dessen meint Reimann, daß Spezialitäten, Mode- und Phantasieartikel, Probestücke, kurz, alle nur in beschränkter Zahl von Exemplaren herzustellenden Uhren, immer im kleinen Atelier werden hergestellt werden müssen. Diese werden aber nur eine beschränkte Zahl von Arbeitskräften beschäftigen können, so daß die allgemeine Behauptung aufgestellt werden darf: in nicht allzu ferner Zeit wird der Großteil der Uhrenindustrie treibenden Bevölkerung in Fabriken untergebracht sein. So wird auch der alte Uhrmacher, der mit den Seinen die Uhr vom einfachen Stücker des Messing bis zum letzten feinspolierten Mädchen fertigstellte, und mit ihm jede Poesie der Arbeit, verschwinden.

Zugleich findet eine Verschiebung in den Domänen der Uhrenindustrie statt, deren Hauptzug der Rückgang Wiels und der Aufschwung Chauv-de-Fonds, ferner die Auswanderung in ländliche Gebiete und namentlich in den Kanton Solothurn ist. Den Vorwand der Unternehmung, die Ansprüche der Gewerkschaften verurfachten den Wechsel, weist Reimann mit Recht zurück. Diese Sorte Unternehmung ist darüber aber auch durch ihre seitherigen praktischen Erfahrungen belehrt worden. Ihr Versuch, der ländlichen Bevölkerung Hungerlöhne zu bezahlen, ist auf unerwarteten Widerstand gestoßen: ohne Gewerkschaften, ohne „Wähler“ und „Heser“, sind diese Arbeiter entschlossen, für ein menschenwürdiges Dasein sich zu wehren, und so sind bereits in verschiedenen neuen Orten der Uhrenindustrie Lohn- und Streikbewegungen vorgekommen.

Reimann gibt zu, daß nicht alle Fabrikanten auf Rosen gebettet sind. So hat England, der bedeutendste Abnehmer der Schweizer Uhren, seit den südafrikanischen Kriegen seine volle Aufnahmefähigkeit nicht wieder zurückgewonnen, ein Beweis dafür, wie tief und nachhaltig wirkende wirtschaftliche Wunden der Krieg auch einem großen Volke schlägt. Nach auch Rußland ist der Export fast vollständig ins Stocken geraten. Freilich, geliefert könnte schon werden, allein die allgemeine finanzielle Unsicherheit mahnt zur Vorsicht, um so mehr, als früher schon große Summen von den Uhrenexporteuren in Rußland eingebüßt wurden. Es gibt Fabriken mit 10 bis 20 Arbeitern, die sich vollständig auf russische Genres eingerichtet hatten und die nun nicht ein einziges Stück mehr fabrizieren. „Selten hat man noch einen so plötzlichen und vollständigen Abbruch der gewöhnlichen Handelsbeziehungen gesehen, wie jetzt mit Rußland.“

Auch die Truistbildung taucht in der Uhrenindustrie auf. Vor einigen Jahren gingen damit die vereinigten Spiralfabrikanten vor und im letzten Jahre die Uhrenglasfabrikanten, die gleich die Preise um 25 bis 60 Prozent erhöhten.

Die dadurch bedrückten Unternehmer suchen sich an den Arbeitslöhnen schadlos zu halten, die sie reduzieren und auch überall damit durchdringen können, wo schwache Gewerkschaften bestehen. Als für die Schalenmacher im Jahre 1908 nach der Einführung von Maschinen und der Arbeitsteilung die Akkordarbeit durch den Tagelohn ersetzt wurde, forderten die Fabrikanten für den geringeren Lohn die höchsten Leistungen. Sie zahlten zum Teil auch unter dem Tarif, trugen jedoch tarifmäßige Löhne in die Lohnbücher ein und schrieben die Differenz ab für angeblich bezogene Waren — die Herren handeln auch noch mit allem möglichem zur Ausbeutung der Arbeiter als Konjunktur —, die aber wirklich nicht bezogen oder direkt beim Anlauf bar bezahlt worden waren. Der Zweck dieser kapitalistischen Schwindelarten war die Irreführung der gewerkschaftlichen Kontrolle über die Innehaltung des Lohntarifs. Schließlich enthielten aber die so vergewaltigten und betrogenen Arbeiter selbst den Schwindel. Und nun wollen diese entlarvten Schwindler und Betrüger ihre Unternehmungen verlegen in den Kanton Solothurn.

Wie erinnerlich, erkämpften die Graveure Ende 1904 durch einen vierzehntägigen Generalstreik den Neunhunderttag und den Abschluß eines Tarifvertrags, dessen Wortlaut Reimann mitteilt und der gewiß auch die deutschen Kollegen interessieren wird. Dieser Tarifvertrag lautet:

Art. 1. Der Arbeitslohn wird pro Stunde und pro Monat berechnet. Die Höhe desselben ist innerhalb der ersten zwölf Tage nach dem Eintritt ins Atelier festzusetzen.

Art. 2. Die Normalarbeitszeit wird auf neun Stunden festgesetzt. Bei besonders stottem Geschäftsgang in der Uhrenindustrie und wenn die Marktbedingungen eine solche Ausnahme nötig erscheinen lassen, kann die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde ver-

längert werden. Desgleichen kann bei Arbeitsmangel zur Zeit von Krisen die Arbeitszeit den Bedürfnissen entsprechend reduziert werden. In beiden Fällen ist die Maßnahme eine allgemeine. Die Zentralvorstände der beiden Verbände sind allein kompetent, eine Verlängerung oder eine Reduktion der Arbeitszeit zu gestatten.

Die zehnte Arbeitsstunde ist vom Prinzipal zu entschädigen; wenn weniger als neun Stunden gearbeitet wird, so erleidet der Arbeiter die daraus entstehende Einbuße.

Art. 3. Metiers, die mehr als zwei Associés aufweisen, haben sich bezüglich der Arbeitszeit für die Associés sowohl wie für die Arbeiter den allgemein gültigen Regeln anzupassen.

Art. 4. Die Stücklohnarbeit und Heimarbeit werden nicht gebildet, ausgenommen in Fällen von konstatierter Krankheit oder höherer Gewalt; aber auch in solchen Fällen muß zuerst die Ermächtigung des Lokalvorstandes eingeholt werden. Niemals darf aber eine solche Ermächtigung für längere Zeit erteilt werden.

Art. 5. Dienstleistungen eines Prinzipals zugunsten eines anderen Prinzipals sollen nur für Spezialitäten und auch nur ausnahmsweise vorkommen.

Art. 6. Die Entlassung eines Arbeiters kann nur nach vorausgegangenem vierzehntägiger Kündigung erfolgen unter Beobachtung der einschlägigen Vorschriften des Fabrikgesetzes; dieselbe Kündigungsformalität schuldet auch der Arbeiter seinem Prinzipal, wenn er sein Geschäft verlassen will.

Art. 7. Arbeitsverträge, die den Bestimmungen dieser Konvention widersprechen, dürfen nicht abgeschlossen werden.

Art. 8. Als Atelier wird jedes Geschäft betrachtet, das ausschließlich für Fabrikanten arbeitet und das regelmäßig wenigstens einen Arbeiter beschäftigt.

Art. 9. Alle Prinzipale und Arbeiter, die die Bestimmungen der vorliegenden Konvention zu umgehen suchen, ziehen sich dadurch Strafe zu, deren Höhe von Fall zu Fall bestimmt wird.

Auffallend ist an diesem Tarifvertrag der vollständige Mangel bestimmter Lohnsätze und die monatliche Lohnzahlung, andererseits begrüßenswert die gänzliche Beseitigung der Stückerarbeit und der Heimarbeit.

Von besonderem Interesse ist der Streit in den Uhrenarbeitergewerkschaften über die Stellung zu den Visiteuren. Die Fabrikanten wollen sie in den Gewerkschaften nicht dulden, die Gewerkschaft in Genéve fordert ihre Mitgliedschaft, andere Gewerkschaften aber betrachten sie als die Kreaturen der Fabrikanten, die alles verraten, was in den Versammlungen geht u. s. w., und sie wollen sie daher nicht als Mitglieder haben. Das ist auch unsere Meinung und Reimann neigt ebenfalls dieser Auffassung zu.

Es soll nun ein einheitlicher Zentralverband für die Uhrenarbeiter angestrebt werden, der ein großer Fortschritt wäre. Ein solcher bestand übrigens früher bereits, brach jedoch im Jahre 1895 nach einem verlorenen großen Kampfe zusammen. Nach zehn Jahren wäre es nicht mehr zu früh, eine solche Zentralorganisation wieder zu schaffen. Der in dieser Zeit geschaffene und kraftvoll entwickelte Schweizer Metallarbeiter-Verband bietet den Uhrenarbeitern ein sehr ermutigendes und nachahmungswürdiges Vorbild.

Die Aussperrung in Bremen.

Wie in letzter Nummer gemeldet, wurde am 20. April den Arbeitern der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ gekündigt. Die Gesamtzahl der Kündigten beträgt 2800 bis 2900. Eine wahre Massenmaßregelung brutaler Art! Von den Kündigten sind nur reichlich 60 Prozent organisiert; die Zahl der Organisierten wird auf 1500 bis 1600 angegeben. Im Betrach kommen die Organisationen der Werft, Metall- und Holzarbeiter, weiter die Schmiede, Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Was ist die Ursache dieser Massenmaßregelung? Sollen etwa die bescheidenen Lohnforderungen einzelner Branchen einen genügenden Grund dafür bilden? Solche Forderungen sind allerdings in letzter Zeit erhoben worden. Die Schiffszimmerer verlangten eine zehnprozentige Lohn-erhöhung und Sicherung von 25 Prozent Aufschlag bei Akkordarbeit. Die Schiffszimmerer wurden damit vertrieben, ihre Forderungen bis zur Wiedergenesung des Herrn Direktor Jeltz aufzuschieben und dabei hat es bislang kein Wenden gehabt. Die zweite der Branchen, die Forderungen erhob, waren die Schiffstischler. Sie verlangten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. und ebenfalls von 25 Prozent Aufschlag bei Akkordarbeit. Die Schiffstischler hatten um Beantwortung ihrer Forderungen bis 16. April gebeten. Bereits einen Tag vor Ablauf dieser Frist wurde ihnen vom Ingenieur Overbeck anheimgegeben, die Frist bis Mittwoch zu verlängern, was natürlich willig geschah. Als bis Mittwoch keinerlei Bescheid erfolgt war, wurde eine Abordnung der Tischler vorstellig. Vom Oberingenieur Overbeck wurden sie nun mit ihren Forderungen rundweg abgewiesen. Dieser abschlägige Bescheid erfolgte indes zu einer Zeit, als der Bescheid der Fabrikleitung, die Aussperrung zu vollziehen, bereits gefaßt sein mußte.

Endlich hatten die Dreher Forderungen eingereicht, deren Nichtbewilligung am 15. April zu der Kündigung der beteiligten Arbeiter geführt hat. Die Forderungen der Dreher und ihre Begründung haben folgenden Wortlaut:

dialektisch tätig, der Goethes immer anschauend. Daher auch der große Gegensatz in ihren Dichtungen: Schiller nach der Verkörperung des Gedachten strebend, immer subjektiv, Goethe um die geistige Gestaltung des Geschehenen bemüht, immer objektiv. Bei Schiller präferieren sich um die Ideen von selber, daher er Idealist genannt wird, bei Goethe präferieren sich zunächst nur die Dinge, weswegen er Realist genannt wird, und wir müssen die Ideen aus ihnen erst herausheben. Derjenige, der in erster Linie durch Ideen wirken will, hat das Bestreben, sie mit möglichst großer Kraft herauszubringen und gebraucht deshalb die Kunst der Rede auf jede Weise; derjenige, der die Dinge darstellen will, wird diese möglichst deutlich malen und rhetorisch eher fürchten als suchen. Schillers Dichtung hat, da sie vom Gedanken ausgeht, viele Wege, sich zu verwirklichen, je nach dem der Reflexion der eine oder andere zweckmäßiger erscheint — der Dichter operiert wie ein Schachspieler; Goethes Dichtung, da sie vom Wilde ausgeht, hat zunächst immer nur einen Weg, den Weg, der zum gescheuten Bild führt; der Weg kann Krümmungen machen, aber verlassen kann er nur werden, wenn das Bild wechelt. Und weiter. Schiller muß darauf bedacht sein, seine bloß gebachten Personen, um sie lebendig zu machen, kräftig handeln zu lassen. Goethe seine gescheuten Personen in ihrem Wesen zu zeichnen. Daher interessieren uns Schillers Menschen erst durch ihr Handeln, Goethes schon durch ihr Sein. . . . Goethe kann nur schweigen, was er gesehen hat. Schiller ergänzt die mangelnde Anschauung durch seine energiegelbe Phantasie, und es glückt ihm mit bewundernswertem Erfolg. Goethe muß seine Werke wachsen lassen. Er hat keine befehlende Gewalt über sie. Die Gedächtnisse halten mich, nicht ich sie.“ Schiller schafft mit starker, bewusster Hand. Er kommandiert die Poesie. Die Werke Goethes haben die innere Notwendigkeit der Natur; Schillers menschliche und dichterische Freiheit schafft Kunstprodukte. Schiller gelangt zu seinen Gedankenschätzen auf den Sprossen logischer Schlüsse. Goethe verdammt das Beste der Intuition, der blühtigen Erleuchtung. Schiller ist durch die Klarheit seiner Gedanken und Darstellungen, die sich mit idealistischer Begeisterung aufs schönste verknüpft, der Lehrer, Erzieher, Prediger der Nation geworden, Goethe durch sein tiefes Schauen ihr Seher und Prophet. Schiller ist jedem verständlich, er zieht jeden an und reißt jeden mit fort; Goethe zieht nur den Empfänglichen an und ist nur dem Eingeweihten ganz verständlich. (Glatkowski, Goethe.)

I. Der Minimallohn für die angeführten Arbeiten beträgt in Zukunft 36 Pf. pro Stunde. Unter diesem Satz darf kein Arbeiter beschäftigt werden.

- II. Die jetzigen Löhne werden folgendermaßen erhöht:
1. Diejenigen, die jetzt unter 33 Pf. pro Stunde verdienen, erhalten den Minimallohn von 36 Pf. pro Stunde.
 2. Diejenigen, die jetzt von 33 bis 37 Pf. verdienen, erhalten 3 Pf. pro Stunde Zulage.
 3. Diejenigen, die jetzt von 38 bis 40 Pf. verdienen, erhalten 2 Pf. pro Stunde Zulage.
 4. Diejenigen, die jetzt über 40 Pf. verdienen, erhalten 1 Pf. pro Stunde Zulage.

III. Bei solchen Arbeiten, die zum erstenmal in Akkord vergeben werden, müssen mindestens 30 Prozent Überschuß garantiert werden. Dasselbe gilt für diejenigen Akkorde, bei welchen unvorhergesehene Umstände es mit sich bringen, daß die betreffende Arbeit nicht für den bisherigen Preis geliefert werden kann.

IV. Darüber, ob die im III. Passus vorgeesehenen Umstände zutreffen, entscheidet bei Streitigkeiten eine fünfgliederige Kommission, die aus je zwei Personen der Firma und den Arbeitern und einem unparteiischen Arbeiterauschussmitglied besteht.

Wir erlauben uns, die oben gestellten Forderungen kurz zu begründen:

Zu I und II. Es ist Tatsache, daß jetzt in dem betreffenden Ressort noch 54 Personen, also über 60 Prozent unter 36 Pf. Stundenlohn beschäftigt sind, während in verschiedenen Abteilungen bis zu 41 Pf. bezahlt werden. Es steht fest, daß die zu den niedrigsten Löhnen angestellten Arbeiter daselbst leiten müssen, wie die zu den höheren Sätzen beschäftigten. Durch die Verlegung der Werft ist aber eine verachtliche Erhöhung der Lebenslage der Arbeiter eingetreten, daß eine solche Forderung nur als gerechtfertigt erscheint.

Zu III und IV. Es liegt im Interesse einer guten Qualität der Arbeit, daß dieselbe gerecht entlohnt wird. Es konnten auf der Werft sehr viele Arbeiten vor, die noch nie im Akkord vergeben wurden. Da ist es denn ein Ding der Unmöglichkeit, dieselben so zu kalkulieren, daß dem Arbeiter sein Verdienst gesichert erscheint. Deshalb ist es nur gerechtfertigt, wenn bei diesen Arbeiten 30 Prozent Überschuß garantiert werden. Außerdem kommt es oft vor, daß bei Akkord, die schon öfter zu einem bestimmten Preise gemacht wurden, Umstände eintreten, welche die Fertigung der Arbeit bedeutend verzögern. Hierunter verstehen wir schlechtes Material, unverschuldetes Warten der Arbeiter, Unterbrechung durch Betriebsstörungen u. s. w. Was die gewünschte Kommission anbelangt, so begründet sich diese Forderung wohl von selbst. Es liegt dies im Interesse eines friedlichen Verhältnisses zwischen der Firma und den in Frage kommenden Arbeitern.“

Zur Begründung ihrer Forderungen war die Deputation der Dreher zu viermaligen Verhandlungen geladen worden. Das Entgegenkommen der Betriebsleitung bestand indes lediglich in der Zusage einer ganz minimalen Erhöhung des Stundenlohnes, die etwa einer Lohnaufbesserung von durchschnittlich 1 Pf. pro Stunde für den einzelnen Arbeiter gleichkam. Darüber aber ging es nicht hinaus. Die Festsetzung des geforderten Minimallohnes von 36 Pf. pro Stunde sowie jede Regelung des Akkordwesens wurden rundweg abgelehnt. Die letzte Verhandlung der Deputation der Dreher mit den Vertretern der Direktion fand am Dienstag (18. April) nachmittags, also nach bereits eingereicher Kündigung, statt. Bezeichnenderweise wurde ihnen hierbei die Mitteilung, man würde die Sache sehr streng nehmen; der Direktor Unger werde sie am Donnerstag morgen noch einmal rufen lassen, um sie zu fragen, ob sie auf ihrer Kündigung beharren. Tatsächlich unterließ diese abermalige Vorladung, die 132 Dreher, Maschinen- und Hilfsarbeiter aus der Dreherei fanden am Donnerstag vormittag ohne weiteres mit auf der Kündigungsliste. Die Scharfmacherpläne waren also zweifellos schon geschmiedet, als den Drehern der letzterwähnte Bescheid wurde.

Wenn die Werfleitung durch die offiziellen Telegraphenbureaus jetzt verkündet läßt, daß sie geneigt gewesen sei, „den erhöhten Lohnforderungen ziemlich weit entgegenzukommen“, so sieht man, was es mit diesem „Entgegenkommen“ auf sich hat!

Neben den Lohnverhältnissen hat sich seit Inbetriebnahme der neuen Werft auch in der Behandlung der Arbeiter mancherlei herausgebildet, das zu Differenzen Anlaß gab. Besonders ist es die geradezu entwürdigende Anstellung eines Werkschürmannes, der kein „Kommando“ bis in die einzelnen Ressorts hinein auszuüben beliebt, welche die Arbeiter aufgebracht hat. Auch die Einrichtung einer zweiten Kontrollmarke führte zu großer Unzufriedenheit der Arbeiter. Von den Schmieden wurde ihre Annahme verweigert, was dazu führte, daß man ihnen androhte, daß nunmehr die zugewilligten Zulagen aufhören würden. Wenn man gewußt hätte, daß sie nicht mehr „lieb Kind“ sein wollten, dann wäre überhaupt keine Zulage bewilligt worden.

In einer am Samstag den 22. April abgehaltenen massenhaft besuchten Versammlung der gekündigten Arbeiter referierte Kollege Gottfusen. Von ihm und den Rednern der übrigen Organisationen wurde unter anderem festgestellt, daß die Werfleitung eine arge Täuschung erlitten habe, wenn sie erwartete, daß infolge dieser Massenkündigungen die Dreher ruhig ihre Kündigung zurückziehen und ihre Forderungen fallen lassen werden. Die Werfleitung habe mit ihrer Maßnahme im übrigen etwas erreicht, was den Arbeitern vorausichtlich in den nächsten Jahren noch nicht gelungen wäre: die Zusammenziehung der sämtlichen Arbeiter der Werft. Angesichts des Vorgehens der Direktion werden auch dem Zurückgebliebenen der Nichtorganisierten die Augen aufgehen. Man werde eingesehen lernen, daß niemand auf der Werft imstande sei, mit persönlicher Liebedienerei gegen Vorgesetzte seine Lage zu verbessern, sondern einzig und allein durch den Zusammenschluß mit den Arbeitskollegen. Die Äußerungen in der bürgerlichen Presse, daß die Forderungen der Arbeiter unannehmbar seien, wurden entschieden zurückgewiesen und demgegenüber namentlich auch betont, daß bei der Schwere des Dreherberufs, der an den Arbeiter die Anforderung stelle, seine Kraft aufs äußerste anzuknüpfen, die Forderung des Minimallohnes von 36 Pf. pro Stunde gar keine Forderung genannt zu werden verdiene, sondern daß eine Entlohnung der Dreher in dieser Höhe von der Direktion eigentlich als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden sollte. Unrichtig sei auch, wenn es von dem Direktor Unger als rückfichtlos bezeichnet worden sei, daß die Arbeiter Forderungen stellen, während die Werft noch gar nicht völlig eingerichtet sei. Dazu seien die Arbeiter durch die Verhältnisse gezwungen worden. Für sie gelte es bei ihren Forderungen gar nicht, nicht Lohn zu erringen, sondern die bestehenden Lohnsätze, die man von der Werfleitung herabzubrüden sich bemühe, hochzuhalten. Nicht das sei rückfichtlos, wenn der Arbeiter sich seinen Verdienst sichern wolle, sondern rückfichtlos sei, wenn man ihm, wie gesehen, große Abzüge vom Akkord mache, oder wenn das Kapital Lausende von Arbeitern aus dem angestrichelten Grunde auf Straßenspalt werfe. — Die Darlegungen der Redner wurden von den Versammelten mit Beifall und Begeisterung aufgenommen.

Die Aussperrung ist erfolgt! Die Vertreter der Organisationen hatten nach Übereinkunft mit dem Direktor Unger einen allgemeinen ausführlichen Tarifvertrag formuliert. Eine vor dem Gewerbegericht am 26. April stattgefundene Verhandlung hatte kein positives Ergebnis, jedoch sollte die Aussperrung zunächst verhängen werden, um dem Arbeiterauschuß die Möglichkeit zu geben, sich mit der Direktion über den § 8 Abs. 1 des neu eingerichteten Tarifvertrages auseinander zu setzen, was dieser Paragraph besagen sollte. Der Arbeiterauschuß teilte der Direktion seine Meinung schriftlich mit. Die Direktion lehnte jedoch jede weitere Verhandlung ab und hielt die Kündigung aufrecht. Am 27. April abends folgte darauf die Lohnauszahlung. (Die einzelnen Forderungen werden wir in nächster Nummer veröffentlichen.)

gemeine Ursache zurückgeführt und an eine Idee geknüpft, welche eine unbedingte Geltung verlangt. Das Bild einer idealen Volksgemeinschaft entspringt im Gemüte und die Wirklichkeit dieses Ideals wird zu einem Leitstern bei allen Handlungen. (Fr. v. Lange.)

Schillers Persönlichkeitswert.

Es ist eigentlich die große Persönlichkeit eines Autors, welche in die Kultur seines Volkes übergeht. (Goethe, Gespräche mit Eckermann.)

Schiller und die französische Revolution.

Seit man in jener großen, demütigen Nacht die Menschenrechte proklamierte, glaubten alle, die auf den Namen Mensch mit Bewußtsein Anspruch erhoben, daß nunmehr ihre gemeinsame Sache in Paris geführt werde und dort zum Austrag komme. Rant zum Beispiel folgte den Ereignissen der Revolution mit derartiger Aufmerksamkeit, daß er Wortanträge vorauszusagen pflegte, nach seiner genauesten Kenntnis der Parteiverhältnisse; kümmerte jemand mit seiner Ansicht über die Revolution nicht überein, so brach der sonst so überaus höfliche Mann das Gespräch ab. Dies Beispiel bezeugt die Stimmung der Gebildeten Deutschlands im Hinblick auf Paris. Jetzt erklärt Schiller: Kein Wort mehr von diesen Dingen. Wir sind enttäuscht: Nicht der Mensch, viel eher Tiger und Hyäne sind es, die ihre Sache in Paris zum Austrag bringen. Wir wollen daran arbeiten, daß ein ähnlicher Augenblick in fünfzig Jahren hundertsten ein würdigerer Gesichtsfindet. Und so lehren die Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts: Nur der Dichter ist der wahre und eigentliche Mensch, nur von ihm ist für die Sache der Menschheit ernsthaftes und heiliges zu erwarten. (S. v. Stein, Goethe u. Schiller.)

Schiller und Goethe.

Philosophische Spekulationen waren Schillers Leidenschaft und sie durchdringen — auch in der späteren Zeit, wo er die Philosophie mit skeptischen Augen betrachtete — sein ganzes geistiges Arbeiten. Umgekehrt hat sich Goethes Geistesleben nie aus der Spekulation entwickelt, und er hat den Kern der spekulierten, den Menschen, dem der Wahn der Metaphysik ins Fleisch gefest sei, bemitleidet. Seine Philosophie empfängt er aus der Betrachtung der Natur und der Welt. . . . Entsprechend diesem Gegensatz ist Schillers Geist immer

Daraus geht hervor, daß die Werft die Kusperrung wollte! Sie handelt im Einverständnis mit dem in Arbeitgeberverband Unterweser Vereinigten Scharfmachertum, dessen Befehle sie zu gehorchen hat.

Die Arbeiter haben sich bemüht, eine friedliche Einigung herbeizuführen. Sie haben die Osterfeiertage geopfert und ihre mannigfachen und nur zu berechtigten Beschwerden in stundenlangen Beratungen zu Papier gebracht. Die Führer der Gewerkschaften haben in unermüdlicher, stiller Tätigkeit getan, was nur in ihren Kräften stand, um statt des Kampfes einen für beide Teile ehrenvollen und den Frieden auf Jahre garantierenden Vergleich herbeizuführen. Den besonderen Wünschen der Direktion in Bezug auf die Arbeitszeit sind die Arbeiter nach Möglichkeit entgegengekommen und noch in dem letzten Schreiben der Arbeiter an die Direktion haben sie unzweideutig ihre Bereitwilligkeit bekundet, aufs neue in der fröhlichen Frage mit der Direktion in Verhandlungen einzutreten. Und die Antwort auf dieses entgegenkommende Verhalten der Arbeiter? Schände und Schrott ist die dargebotene Hand zum ehrenvollen Vergleich von der Direktion zurückgeschoben worden! Man will den Kampf — man soll ihn haben!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 7. Mai der 19. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Mai 1906 fällig ist.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Verbandsmitglieder ohne Einhaltung der Bestimmungen des § 30 des Statuts die Arbeit niedergelegt haben. Das liegt weder im Interesse der Organisation, noch der beteiligten Arbeiter selbst. Die Zahl der erfolglos ausgehenden Streiks wird dadurch unnötig vermehrt und ist es daher dringend nötig, daß jedes Mitglied gegen unbesonnenes Vorgehen warnend seine Stimme erhebt und auf genaue Einhaltung der statutarischen Vorschriften dringt.

Dem Vorstand und dem Bezirksleiter ist von jeder beachtlichen Lohnbewegung rechtzeitig genauer Bericht über die einschlägigen Verhältnisse zu erstatten und stets der Beschluß des Vorstandes abzuwarten, ehe von den beteiligten Arbeitern die Forderung eingereicht oder gar die Arbeit niedergelegt wird. Zuwiderhandlungen haben nach § 30 Abs. 17 die Verweigerung der Streikunterstützung zur Folge.

Sobald ist weiter darauf aufmerksam zu machen, daß unter allen Umständen über jede Bewegung, sei es zur Abwehr von Verschlechterungen oder zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein abschließender Bericht mittels der im Verband gebräuchlichen Formulare zu erstatten ist. Die Verwaltungsstellen oder Einzelmitgliedern, die seit dem 1. Januar 1906 eine Lohnbewegung zu verzeichnen hatten und hierüber an den Vorstand bisher keinen Bericht erstatten haben, fordern wir hierdurch auf, die entsprechenden Formulare unverzüglich auszufüllen und einzusenden, damit die Zusammenstellung der Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1906 fortlaufend erfolgen kann.

Nach § 4 Abs. 3 des Statuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptaufgabe die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet. Die Höhe der Beiträge dieser Extrabeiträge kann Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben.

- Der Verwaltungsstelle in **Cammerungen** monatlich 10 Pf. pro Mitglied (vorübergehend).
- Der Verwaltungsstelle in **Siegen** wöchentlich 20 Pf. pro Mitglied.
- Der Verwaltungsstelle in **Freiburg i. Br.** wöchentlich 5 Pf. pro Mitglied.
- Der Verwaltungsstelle in **Mühlheim a. Ruhr** wöchentlich 5 Pf. pro Mitglied.
- Der Verwaltungsstelle in **Waldbühel** monatlich 10 Pf. pro Mitglied.
- Den Einzelmitgliedern in **Mügeln i. S.** monatlich 10 Pf. pro Mitglied.

- Nicht wieder anspruchsfähig werden erklärt:**
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Fürstentum a. Spreer:** Der Schlosser **Otto Kus**, geb. am 1. Juni 1875 zu Klein-Wissel, wegen allgemeiner Schädigung des Verbandes.
 - Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Frankfurt a. M.:** Der Klemmer **Albert Wischnowski**, geb. am 14. April 1874 zu Elbing, wegen allgemeiner Schädigung des Verbandes.

Die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer und Kassenbeamten sind hierdurch aufgefordert, dem **Formen Paul Jansen**, geb. am 25. Juli 1880 zu Kleinleipisch, das Mitgliedsbuch Nr. 235 790 abzunehmen, da derselbe verrentete Verbandsgelder für sich verwendet hat.

Alle für den Verband bestimmten Selbstbeteiligungen sind zur am **Theodor Werner, Eintragsamt, Mitte-Str. 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von **Schlossern** nach **Freiburg i. Br. 2.**; nach **Basel, Zürich** und **Neuchâtel** (Schweiz);
- von **Beizern, Dreieichen, Sieders, Gärten und Metallformern** nach **Berlin**; nach **Bernigerode a. Herz (Hessen) St.**;
- von **Dreieichen, Maschinenarbeitern, Schäfers, Heblers u. nach Bremen** (Schiffwerft Weser) St.;
- von **Formern und Eisengießereiarbeitern** nach **Frankfurt a. M.** (Paul & Hoffmann) St.; nach **Hamburg 2.**; nach **Rohlfenz (Mittelrheinischer Eisenwerk) St.**; nach **Siegen (Löhner & Sohn) D.** (Schiff) St.; nach **Mühlheim a. Rh. (Schiff & Sohn) St.**; nach **Dhligz, Wald und Solingen St.**; nach **Zwidau (Hoffmann & Jünger) St.**;
- von **Schiffbauern** nach **Dortmund St.**; nach **Magdeburg (Surreit Smith & Co.) St.**;
- von **Reichenschieden** nach **Barmen (St. Kaiser) St.**;
- von **Klemmern** nach **Swinemünde 2.**;
- von **Maschinenbauern** nach **Elmsborn (St. Peter) St.**;
- von **Maschinenbauern** oder **Kasseler** nach **Aischaffenburg (Herrmann & Kollmann) D.**; nach **Belgrad (Schiffbau-Dampfschiffbau-Gesellschaft) D.**; nach **Bradel b. Dortmund (L. Schwan & Co.) St.**; nach **Bremen (Allianzgesellschaft Weser) St.**; nach **Badepf (Weserwerft Bremen) St.**; nach **Elbing (Hilgert & Zent) D.**; nach **Hannover (Waggonfabrik) St.**; nach **Zudenwalde 2.**; nach **Magdeburg (Hase, Maschinenfabrik) D.**; nach **Reifen (Grubewerke, Abteilung Maschinenbau) St.**; nach **Köthen 2.**; nach **Solingen-Wald (Harms & Jäger) D.**;
- von **Maschinenbauern, Eisenbauern** nach **Siegen (Schiffbau) St.**;
- von **Maschinenbauern** nach **Chemnitz (Müller) St.**

von **Metallgießern** nach **Elbing (Schiffbau) D.**;

von **Metallgießern** nach **Lehrhausen b. Augsburg St.**;

von **Schlagereiarbeitern** nach **Solingen (Emil Wolff) D.**;

von **Schleifern und Formern** nach **Oberhausen i. Rhld. (Herrmann & Kollmann) D.**;

von **Schlossern** und **Drechern** nach **Wetter a. Ruhr (A. Schwan) St.**;

von **Schmiedern** nach **Röln (Wagenfabrik Scheele) St.**;

von **Silberarbeitern** nach **Siegen (Sandig & Co.) St.**;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; Rh.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

VII. Bezirk.

Bei der Wahl eines Geschäftsführers für die Verwaltungsstelle **Hagen-Hafpe** wurde der Kollege **F. Donath** in **Magdeburg** gewählt. Die eingegangenen Bewerbungen gelten damit als beantwortet. **H. Ballbrecht**, Bezirksleiter.

Korrespondenzen.

Formen.

Hamburg. In der Versammlung am 16. April, in der, wie in voriger Nummer berichtet, die Eingabe an den Verband der Eisenindustrie beschlossen wurde, gab zunächst Schulz einen kurzen Bericht über die Formerbewegung seit 1889. Es seien Zustände in den Gießereien eingerissen, die jeder Anständigkeit widersprechen; werden doch Arbeiter ausgeführt, bei denen nicht einmal der Lohn bezahlt wird, so daß bei der Auszahlung der Arbeiter nicht weiß, wie viel er bekommt, oftmals auch kein Geld, oder so wenig, daß er es in der Tasche nicht wiederfinden kann. Die höchste Zeit sei es, daß von den Formern Schritte unternommen werden, die diese Zustände aus der Welt schaffen; sie müssen ein Mitbestimmungsrecht über Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, zum mindesten einen garantierten Lohn, bei Arbeitslosigkeit einen vorher festgesetzten Preis. Ebenso müsse die Auszahlung geregelt werden, zumal es bei dem Ausfluß meistens an den Einrichtungen in den Gießereien selbst liegt. Um dies auf möglichst friedlichem Wege zu erreichen, ist von der Ortsverwaltung und den Vertrauensleuten eine Eingabe ausgearbeitet worden (siehe vorige Nummer). Redner geht auf die einzelnen Punkte ein, betonend, daß man dieses zum allerbesten fordern müsse, andererseits wollen wir auch den Unternehmern entgegenkommen zeigen. Hr. möchte die Frage der Ortskrankenkasse mit aufgenommen wissen. Hr. widersprach dem, da zunächst unsere Aufgabe sei, für menschenwürdigeren Zustände zu sorgen. Auf die Frage, warum kein bestimmter Termin festgesetzt wurde, erklärte Hr. er, daß dies abschließend gesehen sei, damit man nicht von Terrorismus unsererseits reden kann. Die Ortsstellen betreffend, möchten die Kollegen bei ihrer Einstellung dahin wirken, daß sie in diese aufgenommen werden oder sonst nicht erst anfangen. Unsere Aufgabe sei zunächst, für bessere Lohnbedingungen einzutreten und für Ausbau unserer Organisation zu sorgen, da diese in den letzten Jahren selber krank. Die Abstimmung über die Eingabe fand per Stimmgabel statt; stimmberichtig waren nur Formen und Gießereiarbeiter. Dann verlas Hr. die Abrechnung vom letzten Wintervergnügen. Einnahme 169,35 Mk., Ausgabe 116,50 Mk. Wenn ein Delegierter aufhört, müssen die Kollegen dann sofort einen anderen wählen.

Hamburg. In der am 26. April abgehaltenen Versammlung der Formen- und Gießereiarbeiter gab D. Schulz folgendes Schreiben des Verbandes der Eisenindustrie bekannt: „Hamburg, den 19. April 1906. An den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Hamburg. J. S. des Herrn Otto Schulz, Sarnenmarkt 35, 1. Ihr Schreiben vom 17. d. M. gelangte in unseren Besitz und teilen wir Ihnen mit, daß wir zu der empfohlenen mündlichen Aussprache, welche etwa entstehenden Mißverständnissen von vornherein vorbeugen soll, bereit sind. Wir eruchen um Aufgabe der Namen Ihrer Delegierten und werden dann zu einer Zusammenkunft einladen. Hochachtungsvoll Verband der Eisenindustrie Hamburgs. Gruppe der Eisengießereien. Michaelis.“ — Nach kurzer Debatte nahm die Mehrheit beschlossene Versammlung einen Antrag, sechs Kollegen als Delegierte zu wählen, an.

Mühlheim. Der Streit bei der Firma **Höfner** ist durch Verhandlung zwischen dem Arbeitgeberverein für die Kreise **Hagen-Schwelm** und der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes durch beiderseitiges Entgegenkommen beigelegt worden.

Nürnberg. Schon seit circa sieben Wochen wird von den **Nürnberg Gießereiarbeitern** versucht, wegen Abstellung einiger Mißstände mit den hiesigen Metallindustriellen in Verhandlung zu treten. Bisher wurde die Zusammenkunft von den Industriellen aber immer wieder verzögert. In der Meinung, daß dies nur gelte, um einzelne besonders bringende Anträge fertigzustellen, verhängte eine Versammlung der Gießereiarbeiter über die **Nürnberg Eisengießerei** die Sperre. Zugug ist also fernzuhalten.

Solingen. Die Differenzen bei **Rieserling & Albrecht** sind beigelegt worden auf Grund der folgenden Vereinbarung, getroffen vor dem Einigungsamt des königl. Gewerbegerichtes zu Solingen am 14. April 1906. In die Firma **Rieserling & Albrecht** in Solingen waren von den Arbeitern, insbesondere den Formern und Gießereiarbeitern, eine Reihe von Forderungen gestellt worden, deren erste lautet: Zurücknahme der Kündigungen. Die Beratung vor dem Einigungsamt führte zu folgendem Ergebnis: Die Differenzen der Firma mit ihren Arbeitern sind nicht durch das Verhalten der Firma verursacht worden, sondern durch unklare und fahrlässige Berichtserstattung der Kommissionsmitglieder **Herrn Wacker, Müscher und Schulz**. Die Kommissionsmitglieder geben dies zu; Herr Schulz nimmt unter dem Ausdruck des Bedauerns die von ihm veranlaßten Behauptungen zurück, die in den an den Meister **Herrn Thiesen** gerichteten Antragsunterlagen am **1. Jänner** enthalten sind. Alle drei Kommissionsmitglieder versprechen, daß sie fortan mit allen Kräften für den Frieden im Betrieb wirken wollen. Darnach wurde folgende Vereinbarung getroffen: Sämtliche Kündigungen werden beiderseits zurückgezogen. Die schon eingeleiteten Verhandlungen über die übrigen Wünsche der Arbeiterschaft sollen bis zum 15. Mai Regelung finden. Das vorstehende wird außer in dem vorgezeichneten Kreis-Jahresblatt auf Kosten der Firma in **Dauer Kreisblatt** veröffentlicht. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklären sich bereit, den vollen Vorlauf in der Bergischen Arbeiterstimme und der Metallarbeiter-Zeitung zur Veröffentlichung zu bringen. Die Vertreter der Firma: **H. Wacker, Otto Albrecht, Ernst Falb, Ernst Geyer**. Die Mitglieder des Einigungsamtes: **Der Vorsitzende: Gynais, Schriftf. Gewerbeinspektor. Die Vertrauensmänner: Fritz Fischer, Louis Sobin, Franz Peres, Wilhelm Eschen, Robert Herder, Oswald Herder. Sekretär: Wacker als Poststellvertreter.“** — Die Ortsverwaltung Solingen macht in Anbetracht der obigen Vereinbarung bekannt, daß die „übrigen Forderungen“ nach der Entscheidung bedürfen. Es ist auch Grund und Ursache genug vorhanden, darauf zu achten, daß durch diese Vereinbarung die Interessen der Arbeiterschaft keinen Schaden erleiden, besonders wenn man bedenkt, daß diese Forderungen schon lange auf Erfüllung warteten.

Klemmer.

Stettinberg. Zu dem in Nr. 16 enthaltenen Bericht über die **Fabrik des Herrn Seuthe** (nicht Reuthe) in **Holtzhausen** erhalten wir von diesem eine Berichtigung des Inhaltes, es sei unrichtig, daß Abzüge bis zu 30 Prozent gemacht worden seien. Klemmer verdient nicht unter 4,80 bis 6 Mk. Den Metallarbeitern seien stets die ihm vorgeschlagenen **Arbeitslöhne** bezahlt worden. Die Beschaffung von **Reiberschranken, Waschmaschinen** u. s. w. solle, wie Seuthe einem Vertreter unseres Verbandes mündlich erklärt haben will, in einigen Wochen geschehen, da er neue Räume dafür baue.

Mün. In einer am 8. April abgehaltenen Versammlung der hiesigen Spenglergehilfen referierte Kollege **Lauterbach** aus **Stuttgart** über das Wesen und den Nutzen der Tarifverträge. Angenommen wurde der Antrag, daß die Werkstattvertrauensleute am 9. April zusammentreten und einen Tarif ausarbeiten sollen. Mit der Aufforderung zu kräftiger Agitation schloß die Versammlung.

Metallarbeiter.

Berlin. In der Nr. 16 des **Regulator** rumpelt man uns einmal wieder in der bekannten **regelhaften** Manier an. Wir würden auf das über Geschimpfe nicht antworten, weil sich dahinter ja doch nichts anderes als die **Mut** darüber verbirgt, daß die Gewerkschaft in Berlin zur **Dynastie** verurteilt sind. Der **Schlupf** allein veranlaßt uns zu antworten. Da heißt es: „Den **Berliner Arbeitern** werden wir (die Gewerkschaften) nächste: in eigener, öffentlicher Versammlung Gelegenheit geben, die Wahrheit zu hören. Werden dann solche **Helden** den **Mut** haben, dort zu erscheinen?“ Dazu möchten wir folgendes bemerken: 1. Es gehört nur wenig **Mut** dazu, den **Hirschen** entgegenzutreten. Das macht unser jüngster **Referat**. 2. Die **Hirsche** haben bisher noch nicht den **Mut** gehabt, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einzuberufen, stets nur eine öffentliche Gewerkschafterversammlung. 3. Wenn die **Hirsche** eine öffentliche Versammlung einberufen und aus der Mitte der Versammlung ein **Bureau** wählen lassen, versprechen wir zu kommen. Ob die **Helden** vom Gewerkschaften den **Mut** dazu haben werden? Übrigens eine Frage: Warum unterschlägt der **Schreiber** des Berichtes die **Lafache**, daß die **Herrn Schumacher** und **Jordan** davon liefen, als der **Referent** ihnen auf ihre **schon** dickeren **Nebensarten** antworten wollte? Natürlich folgten diesen **Herrn** die im Saale anwesenden **Hirsche**, 12 bis 15 Mann, sofort nach und zwar unter dem **Hohngelächter** der **Zurückbleibenden**.

Dortmund. Hier befinden sich die meisten **Kesselschmiede** seit mehreren Wochen im **Streik**. Die **Kesselschmiede**, die **Mitglieder** des **Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts** sind, sehen jedoch die **Arbeit** fort. Die **Angelegenheit** beschäftigte diese Tage eine öffentliche Versammlung der **Formen** und **Gießereiarbeiter**, in welcher das **unsoliderische** Verhalten der **Hirsch-Dunderschen Kesselschmiede** einer **schärferen** Kritik unterzogen und die **Frage** aufgeworfen wurde, ob die **Formen** und **Gießereiarbeiter** es mit ihrer **Ehre** und ihrem **Gewissen** vereinbaren könnten, länger einer **Organisation** anzugehören, die der **Arbeiter-solidarität** geradezu den **Krieg** erklärt hat. Es ist in der **Zat** an der **Zeit**, diesem **gemeinschädlichen** Treiben ein **Ende** zu bereiten. Ein **Schaden** für die **Sache** der **Arbeiterschaft** ist überhaupt das **bloße** Vorhandensein einer solchen **Konkurrenzorganisation!**

Essen a. d. Ruhr. **Hirsch-Dundersiana.** Der Ortsverein oder besser die **Verwaltung** des **Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts** der **Maschinenbau- und Metallarbeiter** von **Essen III** war die **rührigste** aller im **Essener Gebiet** befindlichen. Sie hatte erkannt, daß der **Schlendergang** im **Gewerkschaften** nicht nurbringend für die **Mitglieder** sei. Durch die **Taktik** dieser **Verwaltung** wurde viel **altes** **hinweggeschafft**. Deshalb war der **Ortsverein** **Essen III** den **übrigen Ortsvereinen** mit ihren **kräftigen** **konfessionellen** **Ansichten** arg **verhaßt**. Die **Führer** des **Ortsvereins** **Essen III** wurden auf jede **Art** und **Weise** in ein **falsches** **Licht** gestellt. Wenn die **Intendanten** dann zur **Rebe** gestellt wurden, **stritt** man **einfach** **alles** ab. Die **Essener Gewerkschaften** stellten einen **Sozialbeamten** an, der von einer **sechsgliedrigen** **Kommission** gewählt wurde, **unbekümmert** **darum**, ob die **Person** das **Vertrauen** der **Mitglieder** besaß oder nicht. Aus diesem **Grunde** erkannte der **Ortsverein** **Essen III** diesen **Beamten** nicht an, weil die **Anstellung** eines solchen **Beamten** vor das **Forum** einer **kombinierten** **Versammlung** gehörte. Es mußte nun ein **Grund** gesucht werden, um die **Leitung** des **Ortsvereins** **III** zu **füllen**. Da die **Versammlung** des **Vereins** die **Leitung** **beauftragt** hatte, die von **Mitgliedern** **verfaßt** und **angemessene** **Absolution** an den **Generalrat** zu **senden**, hatte man den **Grund** zur **Absetzung** gefunden. Nun sollte der **Ortsverein** einen **neuen** **Vorstand** wählen. Es erfolgte aber die **einstimmige** **Wiederwahl** des **alten** **Vorstandes**. Dieser wurde aber nicht mehr **bestätigt**. Der **Generalrat** sprach dann noch: „Es werde **aufgelöst!**“ und der **Ortsverein** ward **aufgelöst**. Charakteristisch ist aber noch das **Verhalten** des **Sekretärs** der **Gewerkschaften**, der während des **Bergarbeiterausstandes** seinen **Sitz** in **Essen** hatte. Dieser **erachtete** es nicht für **nötig**, sich um diese **Sache**, die doch im **Interesse** der **Organisation** geregelt werden mußte, zu **kümmern**. Was ist nun die **Folge** dieser **Auflösung**? Es sind **30 Gewerkschaften** in den **Deutschen Metallarbeiter-Verband** **übergetreten!** Das ist die **Folge** der **uferlosen** **Taktik** der **Gewerkschaften**, wozu **neuerdings** der **brutale** **Lon** des **Essener Sozialbeamten** kam, der nicht als **Kollege** zum **Kollegen** spricht, sondern **ein** **militärisches** **Aufreten** **besteht**. Ein **Bravo** den **Kollegen**, die dem **Generalrat** die **Antwort** durch ihren **Übertritt** gegeben haben. Daß der **Gewerkschaften** seine **Mitglieder** nicht zu **kämpfen** **heranbietet**, um **bessere** **Lohn- und Arbeitsbedingungen** zu **erzielen**, ist **bereits** **jedem** **klar**. Dieses zeigt auch wieder **folgender** **Fall**: Bei der **Firma** **Schwarz & Co.** in **Brakel** hatten die **Gewerkschaften** mit **Streik** **beigelegt**, als aber die **Gewerkschaften** **Kampfesmut** **zeigen** sollten, da **arbeiten** **verschiedene** **ruhig** **weiter**. Man **versüßte** sich **sogar** **soweit**, die **unorganisierten** **Streikbrecher** in ihre **Reihen** **aufzunehmen** und **auch** **ruhig** **weiterarbeiten** zu **lassen**. Die **Gewerkschaften** **alle**, die mit dem **Schlendergang** nicht **mehr** **zufrieden** sind, mögen sich **auffassen** und **überreden** in den **Deutschen Metallarbeiter-Verband**, der nur allein die **Interessen** der **Metallarbeiter** **vertritt**. Wenn auch noch viele der **Hirsch-Dunderschen** **Krankentafel** **angehören**, so macht das **nichts**. Wenn sie **bereits** **zwei** **Jahre** **der** **Kasse** **angehören**, können sie **beim** **Austritt** **aus** dem **Gewerkschaften** **nicht** **ausgeschlossen** **werden**, wenn sie **nichts** **zu** **schulden** **haben** **kommen** **lassen**. Also **heraus** **aus** dem **Gewerkschaften** und **hinein** in den **Deutschen Metallarbeiter-Verband!**

Jena. Schon kurze Zeit, nachdem Herr **Professor Abbe** von der **Leitung** der **Firma** **Karl Zeiß** **zurückgetreten** war, ergab sich die **dringende** **Notwendigkeit**, die **breite** **Öffentlichkeit** für den **neuen** **Kurs**, der **damals** **seinen** **Anfang** **nahm**, zu „**interessieren**“. Auch heute wieder haben sich die **Verhältnisse** **deutlich** **zugespitzt**, daß es die **höchste** **Zeit** ist, einige **aufläuternde** **Zeiten** den **Kollegen**, die der **Meinung** sind, die **Arbeiter** der **Firma** **Karl Zeiß** **lebten** in einem **Paradies**, zu **unterbreiten**. Nichts ist **geeigneter**, ein **klares** **Bild** über die **ganzen** **Verhältnisse** zu **geben**, als **indem** **man** **einige** **sonders** **charakteristische** **Fälle** **aufführt**. Ein **solcher** **Fall** ist die **Angelegenheit** **Hardege-Weiershäuser**. Ein **früherer** **Vertreter** im **Arbeiterausschuß**, aber **einer**, von **denen** **man** **sagt**: „**Nächste** **geru** — **laun** **aber** **nicht!**“, hat es **durch** **seine** **besonders** **hervorragende** **Fertigkeit** **im** **Anschmufen** **erreicht** und **einen** **Meisterposten** **erhalten**. Wie es **nun** **gewöhnlich** **bei** **deartigen** **Leuten** **der** **Fall** ist, **denen** **die** **Kenntnisse** **und** **Fähigkeiten** **zur** **Vollendung** **einer** **derartigen** **Stellung** **fehlen**, so **auch** **hier**. Diese **Mängel** **müssen** **natürlich** **unabweisbar** **weit** **gemacht** **werden** und **zwar** **dadurch**, daß **man** **nach** **oben** **deut** **ist**, **nach** **unten** **aber** **um** **so** **rigoroser** **vorgeht**. Ist ein **Arbeiter** mit **dem** **neu** **angefesteten** **Affordpreis** **nicht** **zufrieden** **gekommen**, so **trägt** **man** **Herrn** **Hardege** **nicht** **etwa** **die** **falsche** **Kalkulation** **die** **Schuld** **daran**, **sondern** **immer** **nur** **die** **Faultigkeit** **oder** **der böse** **Wille** **des** **Arbeiters**, **oder** **mit** **anderen** **Worten**: **der** **Arbeiter** **wird** **als** **Betrüger** **hingestellt**. An und für sich mag das ja **als** **Reinigkeit** **erscheinen**, **aber** **wenn** **diese** **Unterstellung** **öfters** **wiederholt** **und** **mit** **der** **notigen** **Dreipigkeit** **(um** **nicht** **einer** **anderen** **Art**

brud zu gebrauchen) vorgebracht wird, was Wunder, wenn dann selbst ein launhaftes Gemüt darüber in Verbitterung gerät. War ein Kollege beim Klingelstein noch mit dem Zumachen eines Blaufenstoppers beschäftigt, so bekam er seinen Strich, das bedeutet soviel, wie eine Viertelstunde zu spät gekommen. Damit nun aber der Betroffene sich nicht etwa hinsetzt und die Zeit, die er ja doch nicht bezahlt bekommt, verstreichen läßt, ehe er anfängt zu arbeiten, wird der Strich nicht sofort in die Verkuemmnißliste eingetragen, sondern erst später, wörtlich erst am anderen Tage. So auch im Falle Hardege-Weiershäuser. Kollege Weiershäuser war durch anberautes Bekommen durch seinen Meister Hardege in gelinde Wut versetzt worden. Da wurde an Weiershäuser eines Tages von Hardege die Zumutung gestellt, er solle einen Afford, der von Kollegen einer anderen Abteilung wegen Reduzierung abgelehnt worden war, übernehmen. Der Afford war geteilt und so reduziert worden (technische Verbesserung!!!), daß die Betroffenen auch nicht einmal annähernd ihren früheren Verdienst erreichen konnten, weshalb sie von ihrem Rechte der Affordverweigerung Gebrauch machten. Bemerkte sei noch, daß für diesen Afford sogenannte Hilfsarbeiter in Betracht kommen. Meister Hardege kam nun zu Weiershäuser und erzählte ihm, „er sei doch Mechaniker und er müßte sich doch zutrauen, mehr zu verdienen wie solche Hilfsarbeiter. Er könnte verdienen was er wollte, abgezogen würde nicht!“ (Wer lacht da?!). Kurz und gut, er sollte eben seinen Kollegen in den Rücken fallen; dazu wurde der ganze Quatsch angewandt, der bei denen, die nicht alle werden, ja auch öfters Erfolg haben soll. In Weiershäuser hatte man sich aber doch gründlich getäuscht, er erklärte sich mit seinen Arbeitskollegen solidarisch und lehnte die Übernahme des reduzierten Affords ebenfalls ab. Er mußte deshalb die Arbeit in Lohn anfertigen; eine weitere Folge war, daß seine Überwachung noch verschärft wurde. Als Weiershäuser dann eines Tages beim Klingeln noch mit dem Zumachen der Bluse beschäftigt war, erhielt er ebenfalls seinen Verkuemmnißstrich, aber wie ja schon geschilbert, erst am nächsten Tage. Es kam deshalb zwischen Meister Hardege und Kollege Weiershäuser zu einer erregten Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich Weiershäuser leider zu der unbedachten Äußerung hinreißen ließ: „Sie sind ein Esel, ich haue Ihnen einen runter!“ Darauf wurde Weiershäuser ohne Kündigung entlassen. Dagegen läßt sich nun freilich nichts einwenden, da ja die Firma im Rechte ist. Zur näheren Illustration der hierbei angewandten „Rechtspredigung“ sei aber noch ein anderer Fall angeführt, in dem ein Meister der schulbige Teil war. Vor längerer Zeit hatte der Meister M. wiederholt „seine“ Arbeiter mit der Bezeichnung „Rindvieh“ und anderen der Zoologie entnommenen Schmeichelnamen belegt. Dies wurde zu Gehör der Geschäftsleitung gebracht und von dieser darauf der Bescheid gegeben: „Dem Meister M. sei bedeutet worden, er sollte sich nach einer anderen Stellung umsehen.“ Er wurde also nicht wie Kollege Weiershäuser knall und Fall entlassen. Nach einem halben Jahre war aber Meister M. immer noch da und es wurde deshalb vom Arbeitersausschuß nochmals angefragt, wie es damit stehe. Die Antwort darauf war: „Oh wie denn den Mann um sein Brot bringen wollten? Es sei ja doch auch nichts wieder vorgekommen.“ Meister M. ist heute noch da. Diese Sache wurde in den Verhandlungen im Falle Hardege-Weiershäuser zum Vergleich herangezogen und auf die gleichartigen Vergehen hingewiesen. Jedoch ließ sich die Geschäftsleitung zu keiner anderen Stellungnahme herbei. Ja, derselbe Herr Dr. Gajarski, der seine Gedankenspiele an der Spitze des großen Abtes mit den Worten schloß: „Sei gut, sei wahr, sei gerecht, halte Treue deinem Nächsten und bleib treu dir selber!“ — gab seine Meinung dahin ab, daß es doch ein Unterschied sei, ob ein Arbeiter seinen Meister, oder der Meister seine Arbeiter beleidigt. Abtes Geist spricht wahrlich nicht aus diesen Worten. Dieser hehre Geist vertrat stets die Ansicht, daß solche Vergehen, begangen durch Personen, von denen man ihrer Stellung halber ein größeres Maß von Würde beanspruchen müsse, strenger zu beurteilen seien. Ein weiterer Kommentar ist überflüssig. — Noch eine andere Abteilung verdient genannt zu werden, die Abteilung Hedeel oder Michaelis. Hat es doch den Anschein, als sollten sich dafelbst Verhältnisse entwickeln, bei denen es vollständig unmöglich ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Zumal wenn man in Betracht zieht, daß in Jena die Mieten und Lebensmittelpreise höher sind wie in vielen Großstädten. Hat sich doch der Meister Hedeel vor einiger Zeit, als ein Kollege einen Affordverdienst von 26 Mk. pro Woche für zu niedrig hielt, den Ausspruch geäußert: „Seien Sie nur froh, wenn Sie später noch 21 Mk. verdienen können.“ Ja, die Arbeiter wollten schon froh sein, wenn sie damit nur einigermaßen auskommen könnten, wenn sie ihren Kindern eine Bildung angeheben lassen könnten, die eine gesicherte Zukunft in Aussicht stellen würde. Herr Hedeel hat ja gut reden, er sitzt weit vom Schusse. In diesen vorgenannten Abteilungen wurden in der letzten Zeit die alten Leute so ziemlich alle abgehoben und dafür neue Leute aus allen möglichen Berufen eingestellt. Mit diesen glaubt man nun machen zu können, was man will. Die im Arbeitsvertrag festgelegte freie Vereinbarung über Affordsätze wird einfach illusorisch gemacht. Dem, der einen Afford übernimmt und mit dem vom Meister angefesten Preise nicht auskommen zu können glaubt, wird gesagt, daß draußen noch andere stehen, die nur auf die Arbeit warten. Ist aber jemand so unflug, einen schlechten Affordpreis anzunehmen und fällt er damit hinein, so ist er natürlich ein minderwertiger Arbeiter und als solcher unbrauchbar. In der Abteilung Michaelis gibt es für verschiedene Afforde auch verschiedene Höchstverdienste. Nun ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß diese Höchstverdienste etwas überschritten wurden. Zum Beispiel hatte ein Kollege bei einer Arbeit, die mit 24 Mk. Höchstverdienst pro Woche bewertet war, 25,50 Mk. verdient. Herr Michaelis als echter Autokrat, der er ist, strich einfach 1,50 Mk. und der Arbeiter, ohne auch nur davon unterrichtet zu sein, bekam nur 24 Mk. ausbezahlt. Das ist doch gewiß eine Handlungsweise, die geradezu haarsträubend ist. Man sieht aber: es wird hier die Notlage der Arbeiter genau so benutzt wie in jedem rein kapitalistischen Betrieb. Solche Zustände können aber auch nur da Platz greifen, wo die Kollegen untereinander uneinig sind. Not lehrt beten, das müssen nun auch diese Kollegen erfahren. Aber noch ist es nicht zu spät, noch ist es Zeit, einen festen Rückhalt in einer geschlossenen Organisation zu gewinnen! Zeigt diesen Herren, die da glauben, ihren Unteroffizieren anbringen zu können, was Einigkeit vermag! Aber nicht nur euch, nein alle, die uns noch fernstehen, sei das Wort unseres verehrten Professors Abte in Erinnerung gebracht, das er so oft vorurteillos: „Organisiert euch und erringet euch eure Rechte.“ Viele Kollegen sind diesem Rufe gefolgt und schöne Fortschritte sind in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen. Doch alle müssen sie hinein in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verein! Kein Rasten und Ruhen gibt es, bis auch der letzte Mann Schulter an Schulter mit uns im Kampfe steht!

Magdeburg. Der Zustand bei Gebr. Böhmer ist zugunsten der Arbeiter beendigt worden. Zugestanden wurde für alle eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde; Mindestlohnfestsetzung für Lohn- und Affordarbeiter; 10 Pf. Zuschlag für Überstunden. Es könnte mehr erreicht werden, wenn nicht ein Teil der Mitglieder des Gewerksvereins hinter dem Rücken der Streit- und Organisationsleitung ständig mit der Betriebsleitung Unterhandlungen gepflogen und schließlich erklärt hätten, sie würden sich am Streit nicht weiter beteiligen. Damit war die Einigkeit der Ausständigen gebrochen, und wenn auch die Majorität derselben in geheimer Abstimmung die Zugeständnisse nicht für weitgehend genug hielt, so bildete diese Majorität nicht die verlangten drei Viertel aller Ausständigen, die die Organisationsleitungen verlangten, wenn der Streit weitergeführt werden sollte. Wir wollen anerkennen, daß die Leitung des hiesigen Gewerksvereins die Handlungsweise ihrer Mitglieder in der schärfsten Weise, so wie wir das bisher noch nie gehört, brandmarkte. Dieses Verhalten der Gewerksvereinsmitglieder ist aber die Folge der Erziehung, die sich nun rächt. Leider haben die Arbeiter den Schaden davon. — NB. In dem Bericht über J. Aders in Nr. 16 sind die Worte in der dritten Zeile: „gegen die vor 2 Jahren“ zu streichen.

München. Am 1. April wurde den hiesigen Maschinenfabriken (Maffei, Kraus & Co., Landes, Nachgebr.) je ein ausführlicher Tarif-

entwurf vom Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Vereins eingereicht. Die Unternehmer ließen sich auf Verhandlungen mit der Organisation nicht ein, sie wollten nur mit „ihren“ Arbeitern verhandeln. Die Firma Maffei hat zuerst 10 Prozent der Arbeiter ausgesperrt, später wurden noch 30 und 25 Mann aufs Afford geworfen. Die Arbeiter der Maffei'schen Fabrik traten am 28. April in den Streit, da die Bewilligungen unzureichende sind. Zugung von Metallarbeiter aller Branchen ist fernzuhalten! Weiterer Bericht folgt.

Nürnberg. Zur Bewegung bei Siemens-Schudert. Statt am dritten Feiertag fand bereits am Charfreitag eine überaus zahlreiche besuchte Versammlung der Arbeiter der Nürnberger Siemens-Schudertwerke im Sächsischen Hof statt. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal bereits überfüllt, daß einzelne Personen wieder hinausgeführt werden mußten, weil sie im Gedränge ohnmächtig wurden. Trotzdem die Tische aus dem geräumigen Saale entfernt waren, mußten Tausende wieder umkehren, weil sie keinen Platz finden konnten. Der Arbeitersausschuß erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion über die in der Fabrikversammlung vom 10. April beschlossene Eingabe. Die Zugeständnisse der Direktion waren folgende: Gewährung der 57kündigen Arbeitszeit pro Woche. Da aber die Firma die Frühstückszeiten nicht mehr bezahlen will, jedoch an ihrer Beibehaltung festhält, so ist nur eine Verkürzung von 1 1/2 Stunden genehmigt. Statt der geforderten 20 Prozent sind nur 5 bis 6 Prozent Lohnaufbesserung genehmigt worden. Doch will man, um die großen Mißverhältnisse zwischen Afford- und Stundenverdienst zu beseitigen, für die Affordarbeiter den Stundenlohn auf zwei Drittel bis drei Viertel des Durchschnittsverdienstes erhöhen. Ferner soll die Überstundenberechnung nach der ersten halben Stunde jetzt auch viertelstundeweise stattfinden. Ein Butterbrot nannte Redner unter lautem Beifall diese Zugeständnisse. Verschiedene andere Redner forderten, man solle auf diese Antwort mit dem Streit antworten. Auch die Redner des christlichen Verbandes und des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins fanden diese Bewilligung ungenügend und erklärten sich zur Arbeits-einstellung bereit, rieten aber dazu, nochmals mit der Firma zu unterhandeln. Zugunsten eines Vorschlags des Kollegen Braun wurden die Urträge zurückgegeben, die verlangten, daß der Arbeitersausschuß nochmals vorstellig werden sollte, und wenn die Direktion bis Dienstag um 10 Uhr die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen würde, sofort die Arbeit niederzulegen sei. Bei Begründung dieser Urträge, die von verschiedenen Abteilungen in ähnlicher Fassung gestellt waren, wurde erklärt, daß diese Urträge nach Rücksprache mit der Mehrzahl ihrer Werkstatkollegen und in deren Auftrag gestellt seien. Es gelang den Kollegen Braun und Kimmmerle, die Versammlung zu veranlassen, vorerst noch einmal Verhandlungen auf folgender Grundlage anzubahnen: Zwischen der Direktion der Siemens-Schudertwerke und den in Nürnberg Werte beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, vertreten durch den Arbeitersausschuß, werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch nachfolgende Vereinbarung geregelt: 1. Die normale Arbeitszeit beträgt 56 Stunden in der Woche. Die Einteilung derselben bleibt der Vereinbarung zwischen Direktion und Arbeitersausschuß überlassen, jedoch soll die Mittagspause mindestens 1 1/2 Stunden betragen. 2. Die zurzeit bestehenden Stundenlöhne aller im Werte beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden um 10 Prozent erhöht. Außerdem werden die Stundenlöhne der Affordarbeiter in der Weise reguliert, daß dieselben drei Viertel bis vier Fünftel des Affordverdienstes betragen. Den Affordarbeitern ist der Stundenlohn garantiert. 3. Die Firma stellt für jede Werkstat eine vollständige Affordpreislise mit der Schreibmaschine her, die von den Meistern unter Verschluss zu halten ist. Bei Übernahme eines Affords wird die Liste dem betreffenden Arbeiter vorgelegt. Außerdem liegt die Liste Mittwochs und Samstags von 10 bis 12 Uhr mittags bei dem betreffenden Werkstattdirektor behufs Kontrolle der übernommenen Afforde zur Einsicht der Arbeiter auf. — Zu jeder Änderung der in der Affordpreislise vorgesehenen Affordsätze wird ein von der betreffenden Werkstatte zu delegierender Vertrauensmann zugezogen, falls der Arbeiter dies verlangt. Es bleibt der Direktion unbenommen, zur Verhandlung über die Affordsätze einen Betriebsingenieur hinzuzuziehen. Falls über die Höhe des Affordsätze eine Einigung nicht zustande kommt, ist der Arbeitersausschuß berechtigt, bei der Direktion vorstellig zu werden. 4. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes des letzten Vierteljahres Zuschlag bezahlt. Nacht- und Sonntagsarbeit, die Reparaturen von Werkzeugen oder Maschinen betreffen, werden mit 30 Prozent Zuschlag bezahlt. — Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu, doch verlangte sie, daß der Arbeitersausschuß an diesen Forderungen genau festhalten solle. Falls bis am Samstag den 28. April von der Direktion die Forderungen der Arbeiter nicht anerkannt sind, soll in den nächsten getreten und die Forderungen vom 10. April sollen von neuem erhoben werden. Trotzdem der Vorsitzende der Versammlung in eindringlicher Weise auf die Konsequenzen hinwies, die die Annahme eines solchen Antrags nach sich zieht, wurde dieser Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen. Dann wurde die Versammlung, deren Teilnehmer bei dem Zutritt in den Saal sich durch ihren Lohnzettel legitimieren mußten, geschlossen.

(Wie uns bei Schluß des Blattes aus Nürnberg telephonisch mitgeteilt wird, ist eine Einigung erfolgt. Gewährt wurde u. a.: wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden; 10 Prozent Lohnerböhung; die Meister sollen nicht mehr das Recht zu Affordkürzungen haben. Genauerer Bericht in nächster Nummer.)

Reine. Herrliche Zustände herrschen in den hiesigen Metall- und Armaturenfabriken. In erster Linie kommt die Firma Brennecke in Betracht. In dieser Musterbude werden fast nur jugendliche Arbeiter beschäftigt. Neben ungefähr 20 solchen sind nur 3 Erwachsene da. Die Jugendlichen erhalten einen Lohn von 3 bis 7,50 Mk., die Erwachsenen 12 bis 18 Mk. Der Geschäftsführer Ackermann läßt sich von den Knaben auch noch das Werkzeug bezahlen. Bricht ein solcher Junge einen Bohrer ab, wird er mit 50 Pf. bestraft. Ein Sägeblatt kostet 1,50 Mk. Strafe, obwohl es im Einkauf nur 1,10 Mk. kostet. Ein Junge mußte kürzlich Sägeblätter aus der Eisenhandlung holen, auf der Rechnung, die er mitbrachte, waren die Sägeblätter mit 1,10 Mk. pro Stück berechnet. Als der Junge das dem Herrn Ackermann vorhielt, wurde er entlassen und mußte das Sägeblatt mit — 1,50 Mk. bezahlen. Schläge etc. gibt es sowohl vor Herrn Ackermann als auch von dessen Bruder. Aber bis abends 6 Uhr sein Pensum nicht liefert, muß da bleiben bis er es fertig hat. Extravergütung wird für diese Überzeit nicht gewährt. — Nicht viel besser steht es in den anderen Buben aus. Bei der Firma Gage-mann ist die Antreiberei und das Strafgebetenwesen das gleiche wie bei Brennecke. Bei der Firma Kegel steht die Antreiberei ebenfalls in höchster Blüte. In dieser Bude ist alles so verschwägert und veronelt, daß Mißstände nie an die Öffentlichkeit kommen. Auch ist dafelbst der Sitz der christlichen Metallarbeiter, die bekanntlich alles in Demut ertragen. Die Firma Rees Nachfolger sucht fortgesetzt tüchtige Eisen- und Metallendreher in auswärtigen Zeitungen. Auf ein solches Inserat meldete sich kürzlich ein Kollege aus Blankenburg a. S. schriftlich bei der Firma und erhielt die Antwort, er könne eintrreten (Stundenlohn 35 Pf.). Als sich der Kollege nun persönlich vorstellte, wurde ihm mitgeteilt, daß die Bude schon besetzt sei und er nicht mehr eingestellt würde, trotzdem nachgewiesen ist, daß noch zwei Bänke leer standen. Diese Bude ist der reine Laubenschlag, haben doch in vier Wochen 13 Dreher angefangen und wieder aufgehört, oder aufhöhen müssen. Und dies in einer Bude, wo höchstens fünf Dreher beschäftigt werden. Man kann also sehen, daß hier in Reine wirklich nichts zu holen ist. Auf dem hiesigen Watz-merk, wo einige tausend Mann beschäftigt sind, scheint ja alles in „schönster Ordnung“ zu sein, wenigstens nach der Auffassung der Hirsche. In der letzten Hirsch-Dunderschen öffentlichen Metallarbeiter-versammlung, die hier stattfand, fragte der Referent an, ob es denn dort wirklich so schlecht aussehe, wie es in der Metallarbeiter-Zeitung geheißen hätte. Darauf bekam er von seinen Getreuen zur Antwort, daß sie die bestehenden „Wohlfahrts-einrichtungen“ wirklich als solche empfinden. Nun, was gibt es denn dort eigentlich für Wohlfahrts-einrichtungen? Nennen die Hirsche die Baderinrichtung und die Speisehalle, die doch da sein müssen, eine Wohlfahrts-einrichtung?

Ober das Glas Bier, das sie mit 10 Pf. in der Kantine bezahlen müssen? Oder die Geesche, die sie zu demselben Preise bei jedem Fischhändler bekommen? Oder vielleicht die hohen Strafgebühren, oder den Krankenwagen, der täglich Arbeit hat, indem er verunglückte oder schlappangewordene Arbeiter nach dem Krankenhaus bringt? Oder die Arbeiterkolonie, die doch nur dazu da ist, die Arbeiter noch mehr ans Werk zu fesseln? Denn die Kante ist in Verhältnis doch eben so hoch als in der Stadt. Oder soll das vielleicht eine Wohlfahrts-einrichtung sein, daß die Arbeiter polizeilich bewacht werden? Es sei nämlich bemerkt, daß ein Polizeiergeant und ein Polizeidiener nach dem Maßwerk abkommandiert sind, die sich gegenseitig in Tag- und Nachtschicht ablösen. Oder sollten die Hirsche gar das als Wohlfahrt empfinden, daß die Arbeiter ihr erspartes Geld bis zu 1500 Mk., wofür sie 10 Prozent Zinsen bekommen, dem Feiner Maßwerk überlassen dürfen, damit es recht hohe Dividenden für sich heraus schlagen kann. (Man vergleiche die letzten Jahresberichte.) So etwas nennen also die Hirsche Wohlfahrts-einrichtungen und das für bringen sie bei jeder Gelegenheit hochs aus auf die Direktion des Feiner Maßwerkes oder veranstalten gar einen Fadelzug. Da ist es denn kein Wunder, wenn sich der eine im Baugruftischen immer noch mehr übt als der andere und die Klaffschucht und Speichel-lederei in schönster Blüte stehen. — Auch in einem größeren Speisebetrieb hier läßt die Solidarität der Kollegen sehr viel zu wünschen übrig. Die Behandlung der Arbeiter von der Firma zeigt dies ja deutlich genug. Kam es doch vor, daß der eine der Firmeninhaber einen Form mit „Lümmel“ und „Vagabund“ beschimpfte und ihn schließlich noch mit Schlägen („Backpfeifen“) bedrohte. Auf Beschwerden eines der Kollegen kam die Sache im Fabrikonkor zur Sprache und es wurde von dem anderen Firmeninhaber versprochen, daß so etwas nicht wieder vorkommen solle. Wenn jedoch der Fall in die Zeitung käme, müßten alle Kollegen raus. Also ist auch in diesem Betrieb noch sehr vieles verbesserungsbedürftig. Das ist aber nur zu er-reichen, wenn alle Kollegen mitarbeiten, die alle so sehr eingewurzelte Gleichgültigkeit endlich ablegen und sich Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verein anschließen. Nur dann ist es möglich, menschenwürdige Zustände in den hiesigen Betrieben zu schaffen.

Stuttgart. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung be-sprach am 15. April Kollege Rudolph die in Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegebenen Anträge zur Generalversammlung. Dem Antrag Solingen zu Punkt 2 der Tagesordnung könne man zustimmen, da es sich nicht leugnen läßt, daß die Agitation unter den Frauen mit Frauen eine erspriechlichere wäre. Für bedenklich sei der Antrag Dessau zu erachten, der den Verwaltungsstellen mit über 500 Mit-gliedern das Recht geben will, Geschäftsführer anzustellen, wobei der Hauptvorstand einen Zuschuß zu leisten hätte. Deshalb bedenklich, weil es viele Zahlstellen gäbe, die wohl über 500 Mitglieder hätten, aber nicht in der Lage wären, diese Zahl zu erhöhen. Die Urträge der Regelung des Verhältnisses zu anderen Verbänden seien volllastig berechtigt, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, die eintreten, wenn irgendwo eine Bewegung ausbricht, an der 2 bis 16 Verbände beteiligt sind, die dabei auch alle mitentscheiden wollen. Der Haupt-vorstand hätte bis jetzt auf dem Standpunkt gestanden, daß die hiesigen Verbände selbst den Antrag auf Verschmelzung stellen sollen. Es wäre vielleicht kein Schaden, wenn damit gebrochen würde. Den Antrag der Stuttgarter Ortsverwaltung, Anstellung der Beamten der Firma Schilde betreffend, erachte er als selbstverständlich, da die Druckerei und der Verband ein und dasselbe seien. Beim Antrag Pforzheim sei die Einteilung der Beamten in 8 Klassen frapierend, ebenso daß das Höchstgehalt der Hilfsbeamten so viel betragen soll als das Anfangsgehalt der Vorstandsmitglieder. Er sehe nicht ein, weshalb zwischen Bezirksleitern und Vorstandsmitgliedern ein Unter-schied gemacht werden solle. Was die neu vorgesehene Stellen an-betrifft, so hätten die Hilfsarbeiter die Arbeit dieser bis jetzt nur Zufriedenheit ausgeführt. Beim Verbandsorgan wendet sich Redner gegen die Urträge, die verlangen, daß der technische Teil besser aus-gestaltet werden soll, da dies mit großen Kosten verknüpft sei. Es wäre vielmehr zu empfehlen, den Vorstand zu veranlassen, eine Um-frage zu halten, ob es nicht möglich wäre, vom Verband selbst eine technische Zeitschrift herauszugeben, die zu einem billigen Preis abonniert werden könnte. Gut gemeint sei der Antrag Sacht-Berlin, doch käme auch hier die Kostenfrage in Betracht, und zudem hätte man dies schon durch bestehende Zeitschriften wie Korrespondenzblatt, Neue Zeit, Sozialistische Monatshefte. Wenn diese auch verhältnis-mäßig teuer seien, so könnte man sie doch in den Leihbibliotheken unentgeltlich erhalten. Gegen Einführung klassifizierter Beiträge wendet sich Redner aus verwaltungsrechtlichen Gründen. Nur dem Antrag Solingen, der die jugendlichen Arbeiter bis zum 18. Jahre in die Klasse der weiblichen Mitglieder gestellt wissen will, stehe er sympathisch gegenüber, da ohne Zweifel dadurch die jüngeren Kol-legen leichter der Organisation zugeführt werden können. Die An-träge zum Ausbau der Unterführungen übergeht der Referent, da sie zum großen Teil in früheren Versammlungen behandelt wurden. Den Urträgen zu § 13 (Harburg, Riel-Kitter) wird die Generalver-sammlung wohl beitreten, indem sie als gerecht zu bezeichnen seien. Den Abänderungsanträgen des Vorstandes zu § 16 könne er nicht beitreten, da Fälle persönlicher Natur vorkommen können, und da hätte der Vorstand Richter seiner eigenen Angelegenheit zu sein. Der Antrag Dürr-Stuttgart sei unbedingt zu verwerfen. Derselbe schaffe bestimmte Ausnahmen gegen einige Mitglieder. Zu den An-trägen bezüglich der Wahl zum Gewerkschaftskongress äußert sich Redner dahin, daß diese Wahlen durch die Mitglieder vorgenommen werden sollen. Kollege Kothler kann nicht beitreten, inwiefern durch den Antrag Dürr die Hilfsarbeiter zu Mitgliedern zweiter Klasse gemacht werden. Es wäre besser, wenn als Meister nur Kollegen, die in der Werkstätte arbeiten, gewählt werden. Schindler hält den Antrag von Pforzheim für den schönsten aller Urträge. Derselbe sei wohl auf Umwegen gekommen. Weiter wundert er sich über den Antrag Dürr, da doch die Hilfsarbeiter die meiste Arbeit verrichten. Auch wünscht er, daß die Karenzzeit herabgesetzt werde. Lauter-bach hält den Antrag München bezüglich Aufnahme einer Statistik über die Tarifverträge für sehr vorteilhaft. Gegen den Antrag Dürr spreche er sich ganz entschieden aus, da doch die Hilfsarbeiter durch ihre frühere und jetzige Tätigkeit sicher das nötige Verständnis besitzen, eine derartige Stelle zu bekleiden. Er glaube, daß der An-trag ein Angstprodukt des Antragstellers sei, der befürchte, seines Amtes als Meister verlustig zu gehen. Böckel wandte sich gegen den Antrag Pforzheim. Die jetzigen Vorstandsmitglieder hätten sich genau so einarbeiten müssen, wie die Hilfsarbeiter, es sei deshalb eine derartige Klassifizierung eine Ungerechtigkeit. Bildstein be-dauert, daß das Vertrauen zu den Kollegen sinkt, die einen bezahlten Posten annehmen, während beim Unternehmer gerade das Gegenteil der Fall sei. Weiter spricht er sich gegen Klassenbeiträge aus. Dieber begrüßt den Antrag Stuttgart, der den Zahlstellen unterjaqt, ihre Geschäftsführer jedes Jahr einer Wiederwahl zu unterziehen. Da-gegen mißbilligt er den Antrag Hamover-Binden, die Auseinander-legungen mit den Hirschen einzuschränken, da hierdurch die Tätigkeit des Redakteurs beeinträchtigt würde. Bei dem Antrag Pforzheim findet er es eigentümlich, daß er von einer Zahlstelle kommt, die einen dauernden Zuschuß aus der Hauptkasse benötigt. Es sei dieser An-trag die reinste Karrikatur. Forthöfer begrüßt den Antrag auf Verschmelzung der kleinen Verbände. Mit den Abmachungen, die in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wurden, seien jedoch viele Kollegen nicht einverstanden. Über den Antrag Pforz-heim und den von Dürr werde die Generalversammlung wohl ohne weiteres hinweggehen. Klassenbeiträge wären bei uns unbedin-gungsfähig. Die Generalversammlung solle sich gegen den Antrag Ham-over wenden, der das Selbstbestimmungsrecht von 3000 auf 5000 erhöhen will; dagegen sei er für den Antrag des Vorstandes, die 3000 ganz verschwinden zu lassen. Der Antrag Stuttgart bezüglich der Geschäftsführerwahl würde eventuell mit manchen Ungünstig-keiten aufkommen. Rämpf teilt mit, daß der Vorstand bei der An-stellung eines Hilfsarbeiters, der Weisler war, sich mit dieser Frage beschäftigt hätte. Man sei dort auf dem Standpunkt gestanden, daß derselbe sein Amt ruhig behalten könne. Das Übergewicht im Vor-stand soll bei den Weisler liegen, doch läge die Gefahr nahe, daß bei den Hilfsarbeitern eine Beeinflussung eintreten könne. Solange

Schilde bewerte, daß der Ausschuß nicht illusorisch gemacht werden soll, sondern es solle nur seiner Tätigkeit eine bestimmte Grenze gezogen werden. Als Kandidaten zur Generalversammlung ließen sich nicht weniger als 8 Kollegen aufstellen. Kollege Brauer teilte dann mit, daß unser Geschäftsführer Rudolph einem Rufe als Parteisekretär für Hessen-Nassau Folge leiste, weshalb wir genötigt seien, einen neuen anzustellen. Es wird beschlossen, die Bedingungen aufrecht zu erhalten, wie bei der letzten Wahl.

Schmiede.

Magdeburg. In dem Bericht in Nr. 16 über den Streik der Eisenbeschläger bei Garrett Smith & Co. muß es in der 4. Zeile statt 50 Prozent 50 Pfennige heißen. — Der Streik bei der Firma dauert fort.

Stuttgart. Eine am 19. April abgehaltene Schmiedeverammlung befaßte sich mit der Antwort, die die Zwangsinnung der Schmiedemeister Stuttgarts und die angegliederten Schmiedemeister Kannstatts auf die Forderungen der Arbeiter gegeben haben. Sie richteten diese an den Vorsitzenden des Gesellenausschusses. Kollege Lauterbach befaßte sich speziell mit der Antwort. In dem Schreiben sei die Forderung gegeben, daß die Meister zur Unterhandlung bereit wären, wie auch der § 48 des Innungsstatuts befaßt; gleichfalls nach diesem angelegenen Paragraphen könne die Unterhandlung mit dem Gesellenausschuß geschehen. Man sei aber das an die Meister abgegangene Schriftstück auch von den Vertretern des Metallarbeiterverbandes und des Schmiedeverbandes unterzeichnet gewesen, den zwei Organisationen, die den Schmiedehilfen erst die Besserung ihrer Lebenshaltung ermöglichen, und die zu übergeben, könne nicht gebildet werden. Der Gesellenausschuß sei auch nicht eine Organisation der Arbeiter, sondern nur ein Teil der Meisterorganisation. Die Durchführung eines Tarifs im Schmiedegewerbe könne aber nur von der selbständigen Organisation der Arbeiter garantiert werden. Neben dem Gesellenausschuß seien darum je zwei Vertreter des Metallarbeiterverbandes und des Schmiedeverbandes zu den Verhandlungen zuzuziehen. So wie im Jahre 1896 dürfe die Bewegung von 1905 nicht ausfallen, wo die Meister zwar bewilligten, aber keine feste Arbeiterorganisation das Bewilligte dauernd sichern konnte. Der dem Hebrer gestellte Beifall bewies das Einverständnis der Anwesenden mit den trefflichen Ausführungen des Kollegen Lauterbach. Sämtliche nachfolgende Redner teilten die Ansichten des Referenten und ermahnten die Kollegen zum festen Zusammenhalt. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Meistern die Antwort zukommen zu lassen, daß zu den Verhandlungen über den Lohn- und Arbeitsvertrag je zwei Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Schmiede Deutschlands beizuziehen seien; Tarifverträge könnten nur von Organisation zu Organisation abgeschlossen werden und nur die Organisation garantiere die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen. Als Organisation könne aber der Gesellenausschuß nicht betrachtet werden, da er nur einen Teil der Meisterorganisation bildet.

Süd unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse, Zeitung u. f. w. köhnt, daß solche Annoncen überhaupt noch möglich sind? Hoffentlich bestimmen sich diese „billigen Arbeitskräfte“ auf ihre Klassenlage und fordern recht bald Lohnerhöhung, um diesem Spotte zu entgehen.

Der neue Bergarbeiterführer.

Herr Franz Behrens tritt am 1. Mai seinen neuen Posten als Generalsekretär des Christlichen Bergarbeiterverbandes an —, so vermeldet jubelnd das Reich des Herrn Stöcker, das augenscheinlich hoch erfreut ist über den neuen „Ruhm“ seines Schützlings. In der Tat hat denn auch Herr Behrens in der Gärtnerbewegung, wo er bisher tätig war, vor seiner Überfiedlung nach Essen noch eine neue Ruhmesstat vollbracht. Die Berliner Gärtnergehilfen stehen seit Anfang Februar in einer Tarifbewegung. Es wurde zwischen den Kommissionen des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins und der Handlungsgärtnervereinigung ein Tarif ausgearbeitet, der einen Wochenlohn von 18 Mk. bestimmte, die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises im Anschluß an die Facharbeitsnachweise des Zentralvereins für Arbeitsnachweise regelte u. f. w. Der Tarif sollte auf ein Jahr Gültigkeit haben, also bis 1. April 1906, was eine Abwehr des von dem christlichen Verband des Bergwerks beabsichtigten Tarifs mit 16,20 Mk. Minimallohn, vereinbart bis zum 1. Juli 1907, war. Als alles soweit fertig war, erschien Herr Behrens, ließ seine eigenen Abmachungen mit den Arbeitgebern um, nach welchen der Tarifauschuß aus Verhältnismäßig mit gebundener Liste hervorgehen sollte und forderte nunmehr paritätische Vertretung der Arbeitnehmer im Tarifauschuß, weil die Christlichen sonst keinen Kandidaten durchbringen würden. Soweit die Vorgeschichte. Am 15. April legten nun die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins die Arbeit in den Geschäften nieder, wo der tarifmäßige Lohn von 18 Mk. nicht bezahlt wurde. Es wurde der christlichen Bündel mitgeteilt, die durch den Arbeitsnachweis eines Gewerkschafts, den sie nominell deckt, Streikbrecher zu stellen drohte, und zwar wurde diese Drohung von Behrens selbst in seinem Blatte ausgesprochen. Die christlichen Herren haben denn auch in der Tat ihren Arbeitsnachweis in Berlin dazu benutzt, die Streikbrecher zu stellen!

Aber nicht genug damit. Am 18. April hatten die Arbeitgeber Versammlung, um zu dem Tarif endgültig Stellung zu nehmen. Hier erschien auch Herr Behrens, der den Herren verständlich machte, daß sie auf keinen Fall den Tarif nur auf ein Jahr abschließen dürften, da sie dann im nächsten Jahre wieder von der sozialdemokratischen Gewerkschaft „belästigt“ werden könnten. Der Tarif müßte mindestens auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Einen Tarif mit 18 Mk. Minimallohn auf zwei Jahre abgeschlossen, das ist doch in der Tat für Berliner Verhältnisse der schlimmste Verrat, der an der Gewerkschaft ausgeübt werden kann. Selbstverständlich stimmten die Arbeitgeber dem edlen Menschenfreund zu. Da aber die Arbeitgeberkommission ihr Wort versündigt hatte, ist die Sache noch nicht so ohne weiteres abgetan.

Herr Behrens, der neue Generalsekretär des Christlichen Bergarbeiterverbandes, hat es also bei den Gärtnern noch in letzter Minute fertig gebracht, eine Streikbrecheragentur zu organisieren, eine Aufrechterhaltung der Löhne der Gärtnergehilfen nicht nur in diesem und im nächsten, sondern sogar noch auf ein folgendes Jahr illusorisch zu machen oder hinauszuschieben. Wirklich, zu dieser neuen Kraft kann man den christlichen Bergarbeitern gratulieren.

würde tatsächlich doppelt ungünstig auf alle Mitglieder wirken, weil durch die erhöhte Ausgabe, welche die höheren Beiträge zur Folge haben, der Reservefonds immer höher angefüllt werden muß. Eine genügende wirksame Herabsetzung des Krankengeldes würde aber nicht nur eine Schädigung sämtlicher Mitglieder im Krankengeldbezug zur Folge haben, sondern auch eine weitere Herabsetzung des Sterbegeldes herbeiführen, wovon gerade die Hinterbliebenen der Mitglieder betroffen würden, die mehr als 10 Jahre der Kasse angehört, wenn man nicht das Sterbegeld durchgängig herabsetzen will. Gerade die niederen Klassen, welche von einer Herabsetzung des Krankengeldes am härtesten betroffen werden, bekommen aber voraussichtlich in Zukunft eine erhöhte Bedeutung. Nach Einführung der Krankenunterstützung im Metallarbeiter-Verband werden Tausende von Mitgliedern in niedere Klassen zurücktreten, um einestheils das Mehr an Beitrag, welches sie im Verband bezahlen müssen, in unserer Kasse zu sparen, während denselben andernteils das Weniger an Krankengeld, welches sie von unserer Kasse erhalten, durch die Krankenunterstützung, welche der Verband leistet, ersetzt wird.

Die Wirkung, welche der Antrag in finanzieller Beziehung ausübt, ist nicht so erheblich, wie vielleicht im allgemeinen angenommen wird. Wir verweisen hierbei auf die in dem Protokoll über die Generalversammlung in Neustadt unter A. enthaltene statistische Aufstellung. Aus derselben ist zu entnehmen, daß eine jährliche Ersparnis von 185700 Mk. bei 98000 Mitgliedern erzielt würde. Diese Ersparnis würde jedoch nur dann erzielt werden, wenn mit der Zusammenrechnung der Krankheiten mindestens zehn Jahre zurückgegriffen wird; soll jedoch mit der Zusammenrechnung nur bis 1900 zurückgegriffen werden, so reduziert sich die Ersparnis im ersten Jahre mindestens um die Hälfte, so daß es noch fraglich erscheint, ob im laufenden und im nächsten Jahre die Ersparnis groß genug ist, um mit Hilfe derselben die nötige Rücklage zum Reservefonds machen zu können. Von der Wirkung werden überhaupt nur wenige Mitglieder betroffen und zwar von 100 Mitgliedern nur 9, wobei ganz besonders zu beachten ist, daß überhaupt nur solche Mitglieder betroffen werden, die zunächst schon für 52 beziehungsweise 18 Wochen das Krankengeld bezogen haben. Für diese tritt dann lediglich eine Pause in der Bezugsberechtigung ein.

Ferner beantragt der Vorstand folgende Übergangsbestimmungen: Krankentage, für welche vor dem 1. Januar 1900 Krankengeld bezahlt wurde, kommen bei Zusammenrechnung der Krankentage nicht in Betracht. Hat ein Mitglied auf Grund der früheren statistischen Bestimmungen mehr an Krankengeld erhalten, als demselben nach der neuen Bestimmung des § 10 Abs. 6 des Statuts zustehen würde, so darf das Mehr nicht zurückgefordert werden. Neuzustimmte Entscheidungen, welche sich auf alle Fälle beziehen, die vor Inkrafttreten des neuen Statuts eingetreten sind, werden durch die neue Bestimmung des § 10 Abs. 6 des Statuts nicht berührt.

Nach Schluß der Generalversammlung wird den Delegierten ein Statutenentwurf zur Errichtung einer Sterbekasse für die Frauen der Mitglieder unterbreitet, über welchen sie beraten und beschließen können. Die in Aussicht gestellte Beteiligung an der Sterbekasse ist so erheblich, daß die Errichtung der letzteren gesichert erscheint. Die Wahlbekanntmachung u. f. w. sowie die Karten für die Abgeordnetenversammlung und auch die Abrechnung für das Jahr 1904 sind an sämtliche Filialen versendet. Sollte irgend eine Filiale die Sendungen nicht erhalten haben, so ist sofort bei der Hauptverwaltung zu reklamieren.

In bezug auf die Abrechnung ist zu bemerken, daß sich nach derselben die Mitgliederzahl nur ganz geringfügig vermehrt hat. Dieses hat einestheils darin seinen Grund, daß die preussische Eisenbahnverwaltung eine Zuschußrentenkasse errichtet hat, wodurch mehrere tausend Mitglieder aus unserer Kasse geschieden sind; andernteils hat sich durch die Aufstellung der Mitgliederlisten ergeben, daß in vielen Filialen die Mitgliederzahl etwas niedriger war, als sie früher angegeben wurde.

Hamburg, den 20. April 1905. Mit Gruß Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro März 1905.

Einnahmen:

| | |
|-----------------------------------------------------------------|------------------------------------------|
| Kassenbestand vom Februar Mk. 1998 489,34 | Von: Affeln 100. |
| Alt-Buxtehude 80. | Alt-Buxtehude 200. |
| Alt-Chemnitz 100. | Alt-Essen 100. |
| Alt-Neustadt-Magdeburg 100. | Altona 150. |
| Alttitting 50. | Amberg 150. |
| Ansbach 150. | Augsburg 100. |
| Baden-Baden 150. | Baunzen 50. |
| Berlin IV 400. | Berlin VI 400. |
| Bildorf 100. | Bieber 300. |
| Bielefeld 400. | Bischopshelm 60. |
| Böckum 150. | Böblingen 50. |
| Böhlte 150. | Brachweide 100. |
| Brandenburg a. d. S. 200. | Bruchsal 100. |
| Buchholz 100. | Burbach-Malfatt 100. |
| Burgarrbach 44,44. | Charlottenburg 200. |
| Cöpenick 100. | Coswig 150. |
| Cracau 100. | Cronenberg 100. |
| Dietrichsdorf 200. | Dingelstädt 60. |
| Dorpat 100. | Dresden-Plauen 100. |
| Driefsen 50. | Eibelfeld 100. |
| Elberfeld 150. | Elbing 100. |
| Elberstedt 200. | Elterswerda 100. |
| Ende 30. | Feuerbach 200. |
| Finstertal 12,38. | Frankfurt a. M. 100. |
| Friedrichshafen 60. | Friedrichshagen 100. |
| Friedrichs-ort 550. | Gandringen 200. |
| Gassen-Sommerfeld 50. | Geithain 40. |
| Gelsenkirchen 200. | Godesberg 100. |
| Grevenbroich 100. | Grimma 50. |
| Grünberg 100. | Habkirchen 15. |
| Hall (Schw.) 80. | Halle a. d. S. 400. |
| Hamburg I Stadt 150. | Haltersteden 50. |
| Heiligenhaus 50. | Hemmer 100. |
| Herbede 100. | Hof 25. |
| Holzhausen 50. | Homburg 100. |
| Imnigraath 150. | Kappel 200. |
| Karlsdorf 50. | Kahweg 50. |
| Kempten 21,50. | Kendrich 80. |
| Kettwig 60. | Kirchlinde 50,32. |
| Kirchheim 50. | Kosheim 50. |
| Kohlenau 100. | Kray 80. |
| Lechhausen 100. | Leipzig-Süd 100. |
| Limmer 150. | Leinetal 150. |
| Lippstadt 70. | Lörrach 40. |
| Ludenwalde 80. | Mainbernheim 150. |
| Marxtränke 70. | Maxfeld 50. |
| Maxfeld 50. | Meißen 200. |
| Memel 37. | Meschenich 50. |
| Milpe 200. | Mitgenfurt 100. |
| Mitgenfurt 100. | Neuenrade 300. |
| Neumarkt 150. | Neumünster 60. |
| Neureuth 100. | Oberastfel 80. |
| Odenburg 100. | Ostfeld 42. |
| Panlow 200. | Pasing 100. |
| Pegnitz 70. | Pirna 80. |
| Plauen im Vogtland 50. | Reichenbach 50. |
| Reinoldsdorf 150. | Ricklingen 200. |
| Rietzen 300. | Rosslau 180. |
| Rothenbitz 100. | Rottenburg am Redar 50. |
| Sangerhausen 50. | Schanditz 50. |
| Schmiedeburg 140. | Schorndorf 30. |
| Schramberg 400. | Schweinf. 50. |
| Schwerte 800. | Sedenheim 80. |
| Sooß 40,47. | Spandau 1200. |
| Spreedorf 40. | Stettin 50. |
| Striegau 68. | Suderode 75. |
| Thale a. d. S. 200. | Tirchsenuth 50. |
| Treuchtlingen 80. | Trüben 40. |
| Trier 50. | Uffenheim 70. |
| Velbert 100. | Wierzen 155,40. |
| Vogelsang 100. | Warteln 150. |
| Weißenburg 150. | Werdau 100. |
| Wetter 100. | Wiefel 45,44. |
| Wilhelmstadt-Magdeburg 100. | Wittenberg 50. |
| Worms 70. | Zeulenroda 200. |
| Zirndorf 250. | Zittau 60. |
| Beitragsgeld 1. | Beiträge von Einzelmitgliedern: 1224,80. |
| Von Berufsgenossenschaften für: A. Danfert-Groß-Ottersleben 39. | B. Heimbürg-Halberstadt 113,40. |
| M. Siebert-Reinoldsdorf 37,87. | H. Arnold-Berlin VI 88,69. |
| M. Caplinast-Wildau 44. | F. Kirchner-Berlin VII 46,68. |
| M. Rosenhauer-Berlin IX 67,50. | F. Roth III Stuttgart-Stöckel 26,22. |
| J. Fischer-Wieder-Engelheim 42,08. | S. Siegrist-Heilbrunn 21,22. |
| H. Heumann-Ralf 4,40. | J. M. Freyheim-Oberalt 13,20. |
| H. Burgherg-Romanes 108,65. | J. Dittbered-Daugig 60. |
| Sonstige Einnahmen 121,71. | Summa Mk. 4 124 278,01. |

Ausgaben:

| | |
|------------------------|------------------------|
| Aplerbeck 100. | Altenhof I 200. |
| Ammentorf-Hadewell 50. | Altendorf 100. |
| Bayreuth 50. | Beed 300. |
| Bergedorf 100. | Bergern i. S. 150. |
| Berlin VII 500. | Berlin X 200. |
| Biff 850. | Birklingen 100. |
| Bodensühr 200. | Bödingen 100. |
| Brannschweig 300. | Bromberg 50. |
| Budau 200. | Bulach-Beierthelm 150. |
| Camphat 400. | Cassel 300. |
| Chemnitz 300. | Cottbus 50. |
| Dahl 60. | Danzig 120. |
| Darßwitz 200. | Deutz 115. |
| Deuz 200. | Dormagen 50. |
| Dortmund 400. | Dresden-Söbtau 200. |
| Duisburg 200. | Eberstadt 50. |
| Ehrenfeld 800. | Ehlingen 100. |
| Elber 200. | Schweinf. II 150. |
| Fechenheim 100. | Fischer- |

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die den örtlichen Verwaltungen bereits direkt zugegangene Bekanntmachung beruft der Vorstand hiermit eine außerordentliche Generalversammlung auf Dienstag den 13. Juni d. J. nach Hamburg ein, mit der Tagesordnung:

- 1. Wahl der verschiedenen Kommissionen;
 - 2. Bericht des Vorstandes über den Stand der Kasse;
 - 3. Statutenänderung;
 - 4. eventuelle Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission;
 - 5. Regelung sonstiger Kassenangelegenheiten.
- Die Generalversammlung findet im „Belobrom“, Rothbaumchauffee, statt und wird vormittags 8 Uhr eröffnet. Zutritt ist in bezug auf Quartier u. f. w. sind an das Bureau der Kasse zu richten.

Die Tagelasten müssen der Generalversammlung vorgelegt werden. Dieselben sind entweder einem Delegierten der Wahlabteilung mitzugeben oder so frühzeitig an das Kassens Bureau zu senden, daß sie spätestens am 12. Juni d. J. eingeht. Das Paket ist mit der Aufschrift „Wahlkasten“ zu bezeichnen. Der Vorstand stellt folgende Anträge auf Statutenänderung:

§ 9. Abs. 5. Für die ersten zwei Krankentage wird kein Krankengeld gezahlt.

§ 10. Abs. 1. Das Krankengeld wird von dem dritten Tage an gezahlt, an welchem die durch ärztliches Zeugnis bescheinigte Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist. Fällt innerhalb der ersten drei Krankentage ein Ruhetag, so beginnt die Unterstützung erst mit dem vierten Tage. Die Formulare u. f. w. wie Statut.

Abf. 6. Das Krankengeld wird nur während eines Zeitraums von 52 Wochen, und zwar für die ersten 26 Wochen mit dem vollen, für die letzten 26 Wochen mit dem halben Betrag, bei Erkrankungen innerhalb der ersten 52 Wochen nach dem Beitritt jedoch nur für 13 Wochen geleistet, ohne daß es dabei auf etwaige Unterbrechungen des Krankengeldbezuges oder die Art der Krankheit ankommt. Ist jedoch innerhalb zweier Jahre, von dem letzten Unterstützungstag an gerechnet, kein Krankengeld gezahlt, so tritt der Unterstützungsanspruch von neuem ein und zwar in beiden Fällen bis zu 52 Wochen. Letztere Bestimmung u. f. w. wie Statut.

Abf. 7. Für 52 Wochen Krankengeld gezahlt, so tritt nach zwei Jahren, vom letzten Unterstützungstag an gerechnet, das Recht auf Krankengeld wieder ein, jedoch nur bis zu 13 Wochen. Das gleiche gilt für jeden Wiederholungsfall.

Begründung.

In § 9 Abs. 5. Diese Forderung wird lediglich bedingt durch die in § 10 beantragten Änderungen. Ein Vorteil erwägt der Kasse daraus nicht, weil es sich für diese gleich bleibt, ob für die ersten drei Tage je ein Drittel des Krankengeldes oder für den dritten Tag das volle Krankengeld gezahlt wird. Wohl aber tritt dadurch eine wesentliche Vereinfachung in der Berechnung des Krankengeldes ein.

In § 10 Abs. 1. Diese Änderung wird ebenfalls durch die in § 9 beantragte bedingt.

In § 10 Abs. 6 und 7. Dieser Antrag bezweckt einen Bruch mit dem bisherigen System, welches eine durchaus ungünstige Behandlung der Mitglieder zur Folge hat, welches dem einen Mitglied die Auszahlung der Kasse fast gänzlich unmöglich macht, während dem anderen Mitglied die Unterstützung nur in beschränktem Maße zuteil wird, trotzdem sich beide in der gleichen Lage befinden. Seine Annahme wird aber auch eine ganz wesentliche Entlastung für die örtlichen Verwaltungen sowohl, als auch für die Hauptverwaltung herbeiführen und zahlreiche Streitfälle werden dadurch vermieden. Der Antrag, den Antrag von den Mitgliedern und der Kasse erheben, der fortwährend steigt und auf welchen diese Herren gewissermaßen einen begründeten Anspruch zu haben vermehren, würde durch diese Änderung ebenfalls wesentlich eingeschränkt werden. In der Hauptkassendebatte wird der Antrag aber die Vereinfachung der Ausgaben, um die nötige Rücklage zur Ergütung des Reservefonds zu ermöglichen, ohne eine Erhöhung der Beiträge oder eine Herabsetzung des Krankengeldes vorzunehmen zu müssen. Die Erhöhung der Beiträge, für welche ohnehin bei der großen Vergrößerung der Mitglieder keine Neigung vorhanden ist, wie die früheren Generalversammlungen gezeigt haben,

Rundschau.

Der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter als Unternehmer.

Die Hirsch-Dunderfischen rühmen sich bekanntlich der Vaterchaft der Tarifverträge. Lange bevor irgend jemand an Tarifverträge dachte, wollen sie diese bereits in ihre Programmforderungen aufgenommen haben. Sie handelten aber dann nur nach den berühmten Maximen ihrer bürgerlichen Protektoren, den Freijüngern, die auch die schönsten Punkte im Programm haben, an ihre Vermittlung aber nie denken. Wie die Hirsch-Dunderfischen als Unternehmer die Durchführung der Tarifverträge befolgen, dafür liefert der letzte Rechenschaftsbericht des Buchdrucker-Verbandes für den Gau Rheinland-Westfalen ein klassisches Beispiel. Es wird da aus dem Bezirk Aachen folgendes berichtet:

In Stolberg liegen die Verhältnisse noch sehr im argen. Dortselbst wird die Buchdruckerei H. Küpper und die in deren Verlag erscheinende Stolberger Volkszeitung nunmehr unter der Regie des Ortsvereins des Hirsch-Dunderfischen Metallarbeiterverbandes und unter Leitung des Vorsitzenden desselben weitergeführt. Aber trotz mehrmaliger Aufforderung ist eine Auerentung des Tarifs nicht erfolgt, im Gegenteil sollen noch Verschlechterungen gegen früher eingetreten sein. Auch ein Beitrag dazu, wie gewisse Leute das gewerkschaftliche Prinzip auffassen.

Man bedenke: eheben, als ein ausgesprochener Kapitalist Inhaber des Betriebs war, befanden weit bessere Verhältnisse als jetzt, wo Hirsch-Dunderfische Führer Inhaber des Geschäftes sind. An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!

Zwischenmeister als „Strohmann“.

In der Bauindustrie kommt es sehr oft vor, daß die wirklichen Unternehmer, die Kapitalisten, sogenannte „Strohmann“ vorstehen, die dann dem Arbeiter gegenüber den „Arbeitsgeber“ zu spielen haben. Dadurch ist leider auch schon mancher Bauarbeiter, Spengler u. f. w. um seinen lauer verdienten Lohn gekommen. Ganz schlan wollte nun eine Hamburger Firma sein, indem sie sich von ihren Arbeitern folgenden Hinweis unterschrieben ließ: „Erläre mich damit einverstanden, daß ich meinen Lohn nicht von der Firma S., sondern von dem Zwischenmeister Herrn S. zu verlangen habe.“ Als nun der Herr Zwischenmeister nichts zum Lohn hatte, verlangten die Arbeiter danach die Firma beim Gewerbeamt und erhielten ein abfälliges Urteil. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß zur Lohnzahlung an die Arbeiter der als Unternehmer verpflichtet ist, dem die Arbeitsdienste zugeföhrt und geleistet worden sind. Eine Vereinbarung aber zwischen Unternehmer und Arbeiter des Inhaltes, daß letzterer seinen Lohn nicht vom Unternehmer, sondern von einem Dritten zu beanspruchen habe, sei widersinnig, verstoße gegen die guten Sitten, wenn die dritte Person vermögenslos sei. Die heutige Gesetzgebung sei „mit allen erdenklichen Mitteln befreit“, dem Arbeiter die Zahlung des verdienten Lohnes zu sichern (vergleiche Lohnabrechnungsgesetz, Anrechnungsvorbehalt, Darlehensvorschrift u. f. w.). Festgestellt ist, daß die Firma der Unternehmer wußte, daß die Arbeiter die Zahlung des verdienten Lohnes zu fordern haben, die Verhältnisse so zu ordnen, daß der Zwischenmeister als Unternehmer rechtmäßig erscheine. Es seien aber die Arbeiter innerhalb der Frist der Firma und mit deren Material ausgeführt worden und sei das unangeordnete Material Eigentum der Firma geblieben. Auch habe die Firma die Beiträge zur Invalidenversicherung bezahlt. Die Abmachung zwischen der Firma und dem Zwischenmeister, daß dieser die Beiträge zu zahlen habe, die Zahlung von der Firma freiwillig geschähe sei, weil „die Arbeitspreise so niedrig seien“, sei ein lediglich auf Täuschung der Arbeiter berechnetes „Scheingeschäft“ gewesen. Deshalb aufgepaßt! Besser ist es, solche Verträge überhaupt nicht zu unterschreiben.

„Billige Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden.“

In der „Frankf. Ztg.“ finden wir folgende Annonce: **Kauf-Verkauf.** Im Jahre 1901 neu erbaute Fabrik mit neuerer 100 HP. Dampfmaschine und 10—12 HP. Wasserkraft, elektrisches Licht, liegt zu 385 400 Mk. Grundbesitzvermögen 212 800 Mk., wird unter den günstigsten Zahlungsbedingungen zu 1/2 des realen Wertes verkauft. Das Anwesen eignet sich zu jedem Fabrikbetrieb, bisher wurde eine mechanische Zimmerei und Strickerie darin betrieben. Billige Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden. Gef. Anfragen beider unter S. 3. 6349 Rudolph Hoff, Stuttgart. Das Anwesen eignet sich also zu „jedem Fabrikbetrieb“. Da mancher außer Metallfabriken gar so gerne neue Betriebe auf dem Lande, in Vororten der Städte errichten, so werden sich sicher zahlreich Offerten finden. Billiges Anwesen, und was die Hauptfrage ist: billige Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden. Was soll man noch mehr? Die Arbeitskraft ist eine Ware und kann da noch recht „billig“ und in „reichlicher“ Menge gekauft werden. Ist es nicht eine Schande für die deutsche Arbeiterschaft, die in Nord und

